

02/11 Frühjahr 2011 ISSN 1616-7619 4,-€ K46699

# Belarus

## *perspektiven*

*Insider analysieren, Initiativen berichten.*

25 Jahre nach Tschernobyl



**IBB**

Internationales  
Bildungs- und  
Begegnungswerk

52



Liebe Leserinnen und Leser,

Ein viertel Jahrhundert nach der Reaktorexpllosion im sowjetischen Lenin-Kraftwerk scheint Tschernobyl aktueller denn je. In Deutschland war es vor allem das Reaktorunglück im japanischen Fukushima, das die öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf Tschernobyl lenkte und zu einer wahren Flut an Medienberichten führte. Zum anderen heizte Fukushima hierzulande wieder die Diskussion um Laufzeitverlängerungen und den Atomausstieg auf.

Auch für Belarus dürfte Tschernobyl aktueller denn je sein – aber ist sich die belarussische Öffentlichkeit dessen bewusst? Sieht sie eine Parallele zwischen dem Bau des ersten Atomkraftwerks auf belarussischem Territorium (Seite 6) und den bis heute spürbaren Auswirkungen der Reaktorkatastrophe in den kontaminierten Gebieten? Dass die Berichterstattung zu Fukushima – im Gegensatz zu ihrem Einfluss auf die deutsche Debatte – nicht zum öffentlichen Protest gegen den AKW-Bau beigetragen hat, erfahren Sie auf Seite 14 von Marina Rachlej. Auch Tatjana Kasperski, die sich im Rahmen des Forschungsprojekts „Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl“ mit der belarussischen Erinnerungskultur zu Tschernobyl befasst hat, wirft die Frage auf, welchen Einfluss die Ereignisse in Japan auf die öffentlichen Debatten in Belarus hatten (Seiten 10-13). Kasperski vergleicht darüber hinaus, wie unterschiedlich belarussische Regierung und Opposition jeweils mit der Erinnerung an Tschernobyl umgehen und wie sie diese für die eigenen Zwecke instrumentalisieren.

Welche Konsequenzen aus den Erfahrungen mit Tschernobyl gezogen werden sollten, wurde in den vergangenen Monaten viel diskutiert. Ein Beispiel dafür, wie sich zivilgesellschaftliche Gruppen an der politischen Diskussion beteiligen können, war die Bundestagsdebatte zu Tschernobyl, die auf Initiative des IBBs und der Trägerkreise der Ausstellung „Menschen – Orte – Solidarität“ stattfand

(Seite 9). Auch bei der Konferenz „Tschernobyl mahnt“, zu der die SPD-Bundestagsfraktion eingeladen hatte, konnten Tschernobyl-Initiativen ihre Arbeit vorstellen und die Politiker von der Notwendigkeit überzeugen, diese auch weiterhin zu unterstützen (Seite 26). Zu der diesjährigen Partnerschaftskonferenz in Minsk, die kurz vor dem 25. Jahrestag des Reaktorunglücks stattfand, wurden sowohl Tschernobyl-Initiativen aus ganz Europa als auch Liquidatoren aus der Ukraine und aus Belarus eingeladen. Die Liquidatoren verlasen einen Aufruf an die Nachkommen, den Sie auf der Seite 25 finden. Im Rahmen der Partnerschaftskonferenz wurden beispielhafte Projekte besucht, wie das Umsiedlerdorf Lepel, an dessen Besichtigung auch Bärbel Höhn, die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, teilnahm (Seite 22, 23). Zudem wurde der Grundstein für die Zukunftswerkstatt gelegt, die als Anschauungsprojekt zum energieeffizientem Bauen eine praktische Umsetzung der Konsequenzen aus Tschernobyl sein kann (Seite 23, 24). Aber auch über die Zukunftswerkstatt hinaus werden erneuerbare Energien und Energieeffizienz für Belarus wichtiger. Wie Belarus es schafft, die eigene Energieversorgung zu reformieren und auf welche Partner der Staat dabei angewiesen ist, lesen Sie auf den Seiten 20 und 21.

Es ist zu erwarten, dass die mediale Aufmerksamkeit an Tschernobyl in den kommenden Monaten wieder nachlässt. Als IBB hoffen wir, dass mit den eigenen Projekten zum Jahrestag der Reaktorkatastrophe und mit den Projekten unserer zahlreichen Partner dazu beigetragen wurde, die Grundlagen des europaweiten Engagements nach Tschernobyl weiter zu festigen, sodass dieses auch noch weit über den Jahrestag hinaus anhält.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen Ihr

Peter Junge-Wentrup

6



Foto: Heinz-Josef Lücking

**Strahlende belarussische Zukunft?  
Belarus bekommt ein AKW**

„Der Bau eines Atomkraftwerkes in Belarus kommt bis jetzt nicht in Frage“: Noch 2004 war Präsident Aleksandr Lukašenko überzeugt, dass es in Belarus ausreichend „sichere“ Energieressourcen gibt. Doch 2008 unterschrieb er den Beschluss über die Entwicklung der Atomenergietechnik und den Bau eines AKW mit einer Leistung von 2400 MW. Der erste Reaktorblock soll 2016 ans Netz gehen, 2018 dann der zweite. Die belarussische Gesellschaft schweigt dazu.

10



Foto: bymedia.net

**Tschernobyl:  
Erinnern und Vergessen der Katastrophe in Belarus**

Die Reaktionen sowohl staatlicher als auch oppositioneller belarussischer Medien auf die Reaktorkatastrophe in Japan sind die jüngsten Beispiele für eine „Löschung“ der Katastrophe von Tschernobyl aus dem belarussischen öffentlichen Erinnerungsdiskurs. Doch über was definiert sich die Erinnerung an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in Belarus wenn nicht über die Nutzung nuklearer Energie und ihrer Risiken?

**Außenpolitik**

AKW-Bau in Belarus	6
Lukašenko ausfallend	7
Der neue Sarkophag	8
Bundestagsdebatte zu Tschernobyl	9

**Innenpolitik**

Erinnerungskultur zu Tschernobyl	10
Berichterstattung zu Fukushima	14
Werbung	15

**Publikationen**

„Tschernobyl-Baby“ und „Elefantenfuss“	28
Auswirkungen der Katastrophe auf BRD und DDR	30
Leben nach Tschernobyl	30

Editorial	3
Inhalt	4
Chronologie	16
Impressum	31

20



Foto: Martin Schön

25



Foto: Evgenij Pomytkin

**Das Gas steht bis zum Hals  
Belarus hat seit Jahren ein Energieproblem**

*Der Energieverbrauch der Volkswirtschaft ist zu hoch, während die Preise für Energieträger immer weiter steigen. Der Staat will deshalb auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzen. Doch alleine kann er die parallele Umstrukturierung der Wirtschaft, die Ausbildung von Fachkräften und Bildungsmaßnahmen für die Bevölkerung nicht leisten. Der Staat ist deshalb auf die Kompetenz, Kontakte und Mittel von Partnern angewiesen.*

**Liquidatoren verlesen Aufruf an die Nachkommen**

*Im Rahmen der vom IBB Dortmund und der IBB Minsk organisierten internationalen Partnerschaftskonferenz „25 Jahre nach Tschernobyl“ hat eine Arbeitsgruppe von Liquidatoren des Super-GAUs vom 26. April 1986 einen Aufruf an alle verfasst, denen das Schicksal ihrer Mitmenschen und die Frage nach der Verwendung von Atomkraft nicht gleichgültig ist.*

**Wirtschaft & Umwelt**

Währungskrise in Belarus	18
Perspektiven erneuerbarer Energien	20

**NGO/Gesellschaft**

Bärbel Höhn bei der Partnerschaftskonferenz	22
Partnerschaftskonferenz und Grundsteinlegung	23
Aufruf der Liquidatoren an die Nachkommen	25
Initiativen bei der SPD-Fraktion	26
Virtuelle Ausstellung zu Tschernobyl	26
„Menschen – Orte – Solidarität“	27

# Die Belarussen haben sich mit dem Bau des AKWs abgefunden

„Der Bau eines Atomkraftwerkes in Belarus kommt bis jetzt nicht in Frage“: Noch 2004 war Präsident Aleksandr Lukašenko überzeugt, dass es in Belarus ausreichend „sichere“ Energieressourcen gibt. Doch 2008 unterschrieb er den Beschluss über die Entwicklung der Atomenergietechnik und den Bau eines AKWs mit einer Leistung von 2400 MW. Der erste Reaktorblock soll 2016 ans Netz gehen, 2018 dann der zweite. Die belarussische Gesellschaft schweigt dazu.

Marina Rachlej, Berlin

„Der Bau eines Atomkraftwerkes in Belarus ist nur eine Frage der Zeit“ – betonte Lukašenko während seiner traditionellen Reise durch die Regionen, die durch das Reaktorunglück in Tschernobyl radioaktiv belastet sind. Durch das geplante AKW sollen – so der Präsident – künftig jährlich 4,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas in der Brennstoffbilanz eingespart werden, was die Energieintensität der Wirtschaft verringern soll. Der Präsident vertritt die Ansicht, dass die Nachbarländer nur deswegen gegen den Bau eines AKWs in Belarus protestieren, weil sie selbst auf die Entwicklung der Atomtechnologien abzielen und daher den Konkurrenten beseitigen möchten.

## Sorge bei den Nachbarn

Der litauische Außenminister Audronius Ažubalis zeigt sich äußerst besorgt. Seiner Meinung nach liegt der entscheidende Unterschied des geplanten litauischen Atomkraftwerkes vor allem darin, dass das litauische Bauprojekt – im Gegensatz zum belarussischen – mit allen Nachbarstaaten vereinbart wurde. Bisher verfüge Vilnius aber nicht über ausreichende Informationen zum Ausmaß der Umweltbelastung durch das geplante belarussische AKW. Erstens handelt es sich um einen experimentellen Reaktortyp, zweitens wurde der vorgesehene Bauplatz in Ostrovec nicht von der Internationalen Atomenergie-Organisation geprüft oder genehmigt, argumentiert Ažubalis. Minsk hingegen findet die eigenen Angaben mehr als ausführlich. Dennoch stehen sie unter Vorbehalt, bis das internationale Verfahren zur Einschätzung der potentiellen Umweltbelastung abgeschlossen ist. Ebenfalls offen sind die Kreditverhandlungen mit Russland: Die belarussische Regierung hat neun Milliarden US-Dollar für den Bau des Atomkraft-

werks und der dazugehörigen Infrastruktur beantragt. Wie viel sie davon tatsächlich bekommt, ist bisher unklar.

## Vermeintliche Unabhängigkeit

Die belarussische Regierung hat die Entscheidung über den Bau des Atomkraftwerkes ohne vorausgehende öffentliche Diskussion getroffen. Die Staatsbeamten reduzierten den Dialog mit der Öffentlichkeit auf Pressemitteilungen über das bereits beschlossene Vorhaben, beispielsweise über die Wahl des Bauplatzes und des Bauunternehmers oder die Genehmigung des Bauprojektes. Dabei wiegen die politischen Risiken des Projektes viel schwerer als die ökologischen. Das geplante Atomkraftwerk soll die energiepolitische Unabhängigkeit Belarus` von seinem östlichen Nachbarn sichern. Diese will man jedoch mit einem russischen Bauprojekt, mit russischen Spezialisten und russischen Brennstoffen realisieren, und vor allem - mit russischen Krediten.

## Bevölkerung schweigt

Die Regierung bereitet sich schon eifrig auf den Bau des neuen AKWs vor. Dieser soll im September in Ostrovec beginnen, einem Ort in der Oblast Grodno, etwa 50 km von Vilnius entfernt. Drei belarussische Universitäten bilden bereits Spezialisten im Bereich der Atomenergietechnik aus. Aus der Bevölkerung kommt hingegen bis jetzt wenig Widerspruch. Die Aktionen der Umweltorganisationen und politischen Aktivisten sind weder zahlreich noch regelmäßig. Seit 1988 findet im Zentrum von Minsk jährlich der sogenannte „Černobylskij šljah“ („Tschernobyl-Weg“) statt – ein Protestmarsch, der bisher alljährlich mit einer Protestkundgebung der demokratischen Kräfte endete. Doch dieses Jahr

verbot die Verwaltung aus „Sicherheitsgründen“ den Demonstranten, im Zentrum zu protestieren, zudem wurden beim Zugang zu der Veranstaltung strenge Sicherheitskontrollen durchgeführt. So schrumpfte die Demonstration auf nur 500 Teilnehmer, die unter anderem auch gegen den Bau des Kraftwerks demonstrierten. Insgesamt scheint sich

die belarussische Öffentlichkeit größtenteils nicht besonders für das Bauvorhaben zu interessieren und schweigt. Auch wenn kaum jemand an die von der Regierung propagierte absolute Unfallsicherheit des neuen AKW glaubt, ist die Bevölkerung fest davon überzeugt, dass sie Entscheidungsprozesse dieser Art nicht beeinflussen kann.

# Lukašenko beleidigt Ukraine und EU

**Die Ukraine ist von Lukašenkos Äußerungen empört, die EU weigert sich diese zu kommentieren**

*Das ukrainische Außenministerium bezeichnete die Äußerungen des belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukašenko dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukovič und dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso gegenüber als „präzedenzlose Frechheit“. Die EU hatte die Ukraine „überzeugt“, den belarussischen Staatschef nicht zu den Gedenkfeierlichkeiten für die Tschernobyl-Katastrophe einzuladen. In einem Interview bezeichnete Lukašenko daraufhin den EU-Kommissionspräsidenten als „Ziegenbock“ und die ukrainische Staatsführung als „lausig“. Dieser Artikel ist am 26. April 2011 unter [www.dw-world.de](http://www.dw-world.de) erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung der Russischen Redaktion der Deutschen Welle abgedruckt.*

*Ekaterina Lovkis, Kiev*

Das ukrainische Außenministerium ist von den respektlosen Äußerungen des belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukašenko empört. „Das Reaktorunglück in Tschernobyl ist eine gemeinsame Tragödie, welche die benachbarten Nationen der Ukrainer, Belarussen und Russen vereinigt. Das Andenken an die Opfer dieser Katastrophe sollte unsere Nationen zusammenschweißen“, so das Department für Informationspolitik des ukrainischen Außenministeriums. Die EU-Kommission ist weit davon entfernt, die Äußerungen des belarussischen Präsidenten überhaupt zu kommentieren. „Aleksandr Lukašenko wird von uns nicht als demokratisch gewählter Präsident anerkannt. Die Aussagen eines einfachen belarussischen Bürgers zu kommentieren, gehört nicht zum Anliegen der EU-Kommission“, reagierte die EU-Kommission auf die Anfrage der Agentur Interfax.

## Politik gehört hier nicht her

Das ukrainische Außenministerium betonte, die Trauerfeier habe keine politischen Hintergründe. Außerdem seien persönliche Beleidigungen jeglicher Art grundsätzlich unakzeptabel, insbesondere bei Staatsmännern. Lukašenko reagierte empört auf seine Ausladung bei der Tschernobyl-Konferenz: Der EU-Kommissionspräsident Barro-

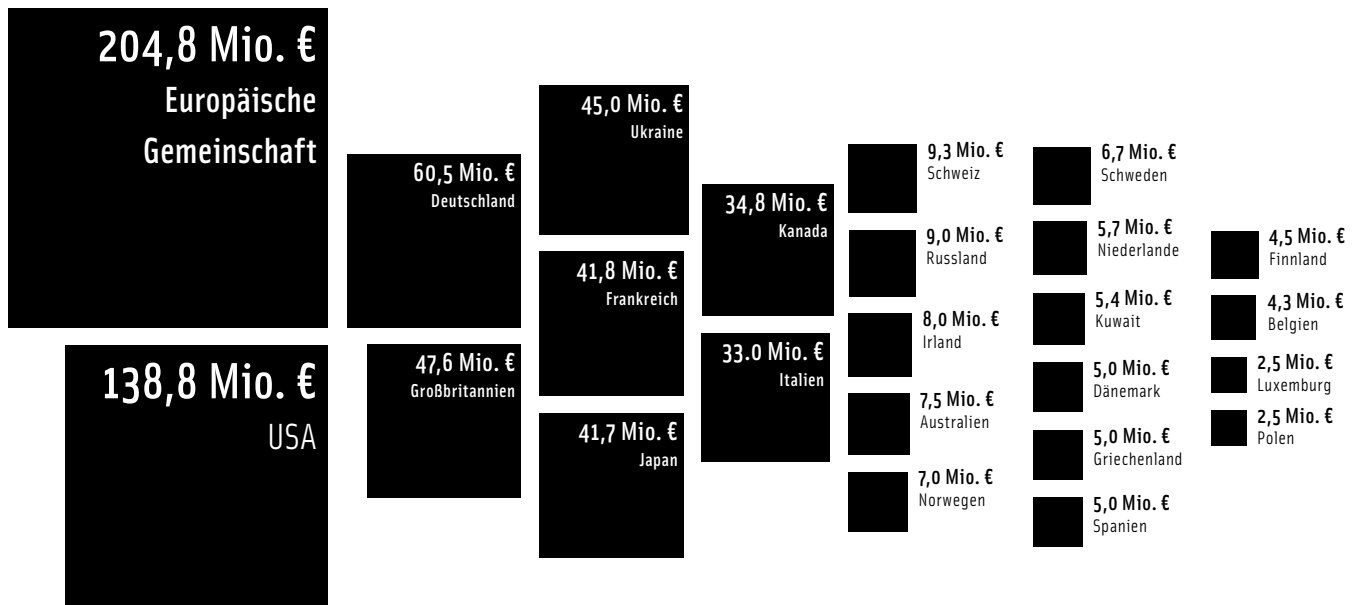
so hatte seine Teilnahme an der Konferenz an die Bedingung geknüpft, dass der belarussische Präsident nicht anwesend sein werde, so die Nachrichtenagentur RIA-Novosti. „Was solche Ziegenböcke wie Barroso angeht, so gab es mal einen Barroso in Portugal. Er wurde dort rausgeschmissen und hat nun ein warmes Plätzchen in der EU-Kommission gefunden“, bedachte Lukašenko den EU-Kommissionspräsidenten. Die Schuld an seiner Ausladung von der Tschernobyl-Konferenz in Kiev – so Lukašenko – liege allein beim ukrainischen Präsidenten Viktor Janukovič.

## Schroffe Worte

„Fragen Sie mal Janukovič, warum der belarussische Präsident bei den Trauerfeiern nicht anwesend ist. Die ukrainische Führung ist leider lausig. Ich habe nicht vor, mich jemandem aufzudrängen“, erklärte Lukašenko.

# 550 Millionen für zweiten Sarkophag

Bei einer Geberkonferenz in Kiew konnte die Ukraine 550 Millionen Euro für den Bau einer weiteren Reaktor-Schutzhülle einwerben. Greenpeace sieht in dem zweiten Sarkophag nur ein weiteres Provisorium. (SB)

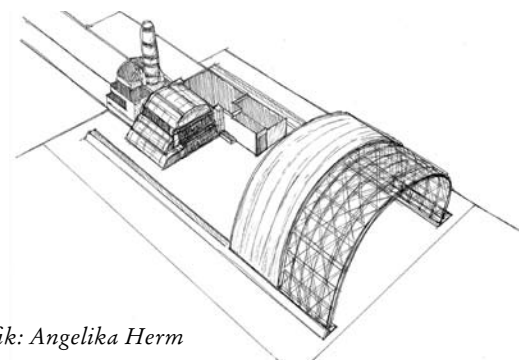


Finanzielle Beiträge  
zum Shelter  
Implementation Plan  
nach Ländern  
Grafik: Grit Tobis  
Quelle: Europäische  
Bank für Wiederauf-  
bau und Entwicklung

„Tschernobyl ist eine deutliche Erinnerung daran, dass das atomare Risiko nicht an Grenzen haltmacht. Unsere Verantwortung und unsere Solidarität sollten ebenfalls nicht an Grenzen stoppen“ - mit diesen Worten wollte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bei der Geberkonferenz am 19. April in Kiew die internationale Gemeinschaft davon überzeugen, sich am Bau des zweiten Sarkophags für die Reaktorrüine von Tschernobyl finanziell zu beteiligen. 550 Millionen Euro wurden schließlich für das Projekt zugesagt, 120 Millionen Euro versprach die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, 110 Millionen die Europäische Union, 42,4 Millionen die Bundesregierung. Vor der Geberkonferenz hatte man nach Angaben des Shelter Implementation Plans, der den zweiten Sarkophag realisiert, bereits um die 864 Millionen Euro gesammelt. Mindestens weitere 700 Millionen würden allerdings für die Fertigstellung noch fehlen, so Barroso in Kiew.

Der Schutzmantel, der sich heute über der Reaktorrüine befindet, wurde 1986 in großer Eile fertig gestellt. Die Konstruktion sollte ca. 30 Jahre halten, inzwischen ist sie jedoch in einem schlechten Zustand: durch Löcher und Risse dringt Regenwasser ins Innere des Schutzmantels. Einige Experten warnen sogar davor, dass der Sarkophag bei

einem Erdbeben zusammenfallen könnte. Welche Konsequenzen ein Einsturz haben könnte, ist indes umstritten und hängt unter anderem davon ab, wie viel vom ursprünglichen radioaktiven Brennstoff sich noch im Inneren des Schutzmantels befindet. Aber auch dahingehend gibt es unterschiedliche Einschätzungen, die von der Annahme reichen, der Sarkophag sei fast leer bis zur Überzeugung, dass die Reaktorrüine noch 96 Prozent des Brennstoffs beherbergt.



Grafik: Angelika Herm

## Zweifelhaftes Provisorium

Die internationale Gemeinschaft scheint indes davon überzeugt zu sein, dass von dem Inhalt der Reaktorrüine eine große Gefahr ausgeht. Der zweite Sarkophag, der auf Schienen über den ersten geschoben werden soll (siehe Grafik), wird nach Angaben des Shelter Implementation Plans über 100 Meter

hoch sein und mehr als 29 Tausend Tonnen wiegen. Der Abschluss des riesigen Bauvorhabens ist für 2015 geplant. Der Atomexperte Tobias Münchmeyer von Greenpeace hält den zweiten Sarkophag zwar für „alternativlos“, allerdings betont er, dass es sich dabei nur um ein Provisorium handelt: „In jedem Fall muss einem klar sein, dass es da nur um eine weitere Kurzzeitleösung geht, wenn man mal aus der Perspektive der Halbwertszeiten guckt. Da haben wir es ja mit Zeiträumen zu tun von Tau-

senden Jahren, wenn man an das Plutonium denkt, was da eben in hoher Konzentration unter dem Sarkophag lauert“. Auf Dauer müsse es vor allem um die Bergung und die Endlagerung des Kernbrennstoffs gehen, so Münchmeyer, aber für diese gäbe es weder in der Ukraine, noch irgendwo anders ein Konzept: „Es gibt weder in Deutschland, noch irgendwo in der Welt ein wirkliches Endlager und wir wissen alle nicht, wann und wo solche Endlager entstehen können. Wir tappen da im Dunkeln.“

## Tschernobyl bleibt in der Debatte

Am 8. April fand im Deutschen Bundestag die Debatte „Lehren aus Tschernobyl“ statt, die das IBB gemeinsam mit den Trägerkreisen der Wanderausstellung „Menschen – Orte – Solidarität“ initiiert hatte.

Mechthild vom Büchel, Dortmund

„Es ist ein wirklicher Erfolg. Die Debatte im Deutschen Bundestag hat auf unsere Initiative hin stattgefunden und den vielen Initiativen wurde Dank ausgesprochen für ihre humanitäre Arbeit“, schaut Matthias Tümpel, Vorsitzender des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks in Dortmund, zufrieden zurück auf zwei ereignisreiche Tage in Berlin. Am Donnerstag und Freitag vergangener Woche war eine Delegation aus Zeitzeugen und Vertretern von Partnerschaftsinitiativen mit der Spitze des IBB in Berlin. Am Donnerstag stand zunächst ein Gespräch mit der deutsch-belarussischen und der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe auf dem Terminplan. Die Abgeordneten nahmen sich fast zwei Stunden Zeit für einen ausführlichen Gedankenaustausch, in dem sie besonders die Gelegenheit zu einem Austausch mit dem Zeitzeugen Vladimir Gudov und Frau Professor Dr. Angelina Njagu nutzten, die zurzeit auf Einladung des IBB zur Wanderausstellung „25 Jahre nach Tschernobyl – Menschen – Orte – Solidarität“ in Deutschland sind. Am Freitag verfolgte die IBB-Delegation die Debatte über die „Lehren aus Tschernobyl“ im Deutschen Bundestag. Wolfgang Thierse, Bundestagsvizepräsident, begrüßte namentlich das IBB, die Zeitzeugen und die Vertreter der Solidaritätsbewegung. Dass die Anträge der SPD, von Bündnis 90/ Die Grünen und von der Partei Die Linke schließlich nach etwa 100-minütiger Debatte von der Mehrheit abgelehnt worden waren, schmälerte



die Freude der Delegation ein wenig. Trost spendete jedoch anschließend Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, der die IBB-Delegation persönlich begrüßte. „Professor Dr. Lammert meinte, es sei eigentlich ganz gut, wenn ein Antrag abgelehnt werde, so bleibe er wenigstens in der Diskussion“, berichtete Matthias Tümpel nach seiner Rückkehr. Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer des IBB Dortmund, nutzte die Gelegenheit und überreichte dem Bundestagspräsidenten den Bildband „Verlorene Orte, gebrochene Biografien“ und die Dokumentation von mehr als 60 „Stimmen nach Fukushima und Tschernobyl“. Das IBB hatte wie berichtet Stimmen von Persönlichkeiten des Öffentlichen Lebens gesammelt und einen einstimmigen Appell gehört: Atomkraftwerke abschalten! So schnell wie möglich!

Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks Dortmund, übergibt Norbert Lammert die Publikation „Verlorene Orte – Gebrochene Biografien“. Foto: Matthias Tümpel

# Tschernobyl: Erinnern und Vergessen der Katastrophe in Belarus

*Die Reaktionen sowohl staatlicher als auch oppositioneller belarussischer Medien auf die Reaktorkatastrophe in Japan sind das jüngste Beispiel für eine „Löschung“ der Katastrophe von Tschernobyl aus dem belarussischen öffentlichen Erinnerungsdiskurs. Im Gegensatz zu westlichen Medien berichteten belarussische kaum über die Ereignisse in Japan. Mehr noch, am 14. März unterzeichneten der belarussische Präsident und der russische Ministerpräsident eine Vereinbarung zur Errichtung des ersten Atomkraftwerks in Belarus. Doch über was definiert sich die Erinnerung an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in Belarus wenn nicht über die Nutzung nuklearer Energie und ihrer Risiken?*

*Tatiana Kasperski, Vilnius*

## **Die oppositionelle Erinnerung: von kommunistischen Verbrechen zum „politischen Tschernobyl“**

### **Geschichte und Entwicklung der Erinnerungsriten**

Die erste nennenswerte oppositionelle Gedenkfeier wurde maßgeblich von der „Belaruski Narodny Front“ (BNF) getragen und fand am dritten Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl, am 26. April 1989, statt. Zur „Stunde von Leid und Stille“ fanden sich fast 10.000 Demonstranten auf dem Lenin-Platz in Minsk ein. Nach einer kurzen Gedenkrede entzündeten die Versammelten Kerzen und gedachten fast zwei Stunden lang schweigend der Opfer. Einige Monate später, am 30. September 1989, organisierte die BNF den „Tschernobyl Weg“ (Černobylskij šljach). Nahezu 40.000 Menschen zogen vom Prospekt der Unabhängigkeit zum Lenin-Platz, darunter auch prominente belarussische oppositionelle Politiker. Parallel zu der emotionalen entwickelte sich auch rasch eine politische Dimension dieser Veranstaltungen: Kernforderungen der Demonstranten waren, dass die Bevölkerung der betroffenen Gebiete uneingeschränkt informiert und gegebenenfalls evakuiert werden sollte, dass Entschädigungen gezahlt und staatliches Fehlverhalten geahndet werden sollten. Eine Demokratisierung Belarus' wurde hierbei als eine für diese Schritte notwendige Grundvoraussetzung angesehen.

Der „Tschernobyl Weg“ wird seit 1989 jährlich durchgeführt. Obwohl Organisatoren, Routen, Teilnehmerzahlen und Slogans seitdem variieren, hat die Veranstaltung ihre Funktion und Bedeutung nicht verändert: die Kombination von Erin-

nerungselementen und politischen Forderungen, zuerst an die sowjetische Regierung und später an das Lukašenko-Regime.

Die Veranstaltung besteht aus drei Teilen: einem Gottesdienst, einer Kundgebung und einem Gedenkmarsch. Die inhaltliche und zeitliche Gewichtung der drei einzelnen Teile ist hierbei einer starken Wandlung unterworfen. Ebenso wie die Festlegung der Route, die sich zu einem symbolischen Wettstreit zwischen den Veranstaltern und den staatlichen Behörden entwickelt hat. Während die Organisatoren eine möglichst zentrumsnahe Route für ihren Marsch beanspruchen, versuchen staatliche Behörden stets, die Veranstaltung in die Peripherie der Stadt zu verlagern.

Die Veranstalter müssen sich noch mit einem anderen Problem auseinandersetzen. Auf der einen Seite sollen möglichst scharfe und weitgehende Forderungen an die Regierung formuliert werden. Auf der anderen Seite soll die individuelle Gefahr für jeden Teilnehmer möglichst gering gehalten werden, um die Hemmschwelle zur Teilnahme an der Veranstaltung zu senken und möglichst viele Leute zu versammeln. Die Einbeziehung etablierter oppositioneller Kräfte ist dabei eine Grundfunktion des „Tschernobyl Weg“.

### **Die belarussische Geschichte in der oppositionellen Erinnerung**

Im Rahmen solcher Gedenkveranstaltungen wird auch immer wieder auf die Existenz einer belarussischen nationalen Gemeinschaft verwiesen, deren Anfänge bis weit in die vorsowjetische Zeit hineinreichen. Die belarussische Geschichte wird hierbei vor allem als eine Geschichte von Verlust und Leid verstanden. Tschernobyl stellt demnach eines der

Verbrechen der sowjetischen Führung gegen das belarussische Volk dar, das viele Jahrhunderte lang die Willkür imperialer Fremdherrschaft erdulden musste.

Ausdruck erfährt dieses Leid in einer spezifischen Religions- und Trauersymbolik, die durch Kreuze, Heiligenbilder, Kerzen und Glocken verdeutlicht wird. Der religiöse Charakter verleiht der Bewegung eine beinahe sakrale Bedeutung, die die Verdrängung traditioneller belarussischer Werte durch den sowjetischen Atheismus betonen soll. Auch nationale Symbole, wie die weiß-rot-weiße Fahne, die auf die ruhm- und traditionsreiche vorsowjetische Epoche der belarussischen Geschichte verweisen sollen, finden in dieser Form Verwendung.

### **Die belarussische Gegenwart in der oppositionellen Erinnerung**

Ihren Kritikern zufolge unterscheidet sich die gegenwärtige staatliche Tschernobyl-Politik nicht von den sowjetischen Verbrechen gegen das belarussische Volk. Die Regierung halte die wahren Ausmaße der Katastrophe von Tschernobyl geheim, erkläre eigentlich kontaminierte Gebiete für sicher und lasse diese wieder besiedeln und bewirtschaften. Vor allem junge Universitätsabgänger würden dafür herangezogen. Außerdem seien die Entschädigungszahlungen an die Opfer der Reaktorkatastrophe eingestellt worden. Die Opposition prägte dafür den Begriff des „politischen Tschernobyls“. Sie versteht Tschernobyl vor allem als ein politisches Problem, dessen Lösung in der Demokratisierung Belarus' und der Absetzung des Lukašenko-Regimes zu suchen ist. Daher wird der Begriff „politisches Tschernobyl“ auch verwendet, um auf die politischen und demokratischen Missstände im Land hinzuweisen. Vor dem Hintergrund der politischen Repressionen hat sich das Gedenken an Tschernobyl als eine der wenigen Formen politischen Ausdrucks bewahrt, die vom Regime mehr oder weniger geduldet werden. So treten im „politischen Tschernobyl“ das Erinnern und Gedenken zunehmend in den Hintergrund, auch wenn das Thema Tschernobyl sein Potential zur politischen Mobilisierung zunehmend verliert. Parallel dazu versucht der Staat ebenfalls, die öffentliche Erinnerung an die Reaktorkatastrophe zugunsten seiner Deutung zu beeinflussen.

## **Staatliche Gegenveranstaltungen zur Verdrängung der oppositionellen Erinnerung**

### **Offizielle Gedenkveranstaltungen in Minsk**

Im April 1996 – anlässlich des 10. Jahrestages der Reaktorkatastrophe – riefen staatliche Behörden zu einer Gedenkveranstaltung im Park am Bangalore Platz auf. Auch Präsident Lukašenko nahm an dieser Veranstaltung teil. Kurz zuvor wurde mit dem Bau einer Kapelle begonnen, um an die Opfer von Tschernobyl zu erinnern. Seit ihrer Fertigstellung 1997 findet hier jährlich eine offizielle Gedenkveranstaltung statt. Jedoch folgen diesem Aufruf jedes Jahr nur wenige hundert Leute, viele von ihnen nicht freiwillig. Die Veranstaltung besteht aus einem Gottesdienst, einer Kundgebung mit Rednern staatlicher Behörden und regierungstreuer NGOs und einer Kranzniederlegung. Während die Gestaltung des Gottesdienstes deutlich an die oppositionelle Gegenveranstaltung erinnert, prägt eine patriotisch-militärische Grundstimmung den Rest der Veranstaltung. Die Kranzniederlegung durch uniformierte Kadetten erinnert stark an Gedenkveranstaltungen zum Großen Vaterländischen Krieg. Der Präsident nimmt an dieser Veranstaltung meistens nicht teil. Seine Abwesenheit soll verdeutlichen, dass er in dieser schweren Stunde bei denen ist, die seine Anwesenheit am meisten brauchen: die Menschen, die noch heute in den kontaminierten Gebieten leben.

### **Der „Tschernobyl Weg – Die Straße des Lebens“**

Ein anderes vom Staat getragenes Ereignis zur Erinnerung an Tschernobyl und zur Verdrängung der oppositionellen Gedenkveranstaltungen aus dem öffentlichen Raum ist der offizielle „Tschernobyl Weg“. Im Gegensatz zur oppositionellen Veranstaltung gleichen Namens handelt es sich hierbei eher um ein Festival als um eine Gedenkfeier: Das Rahmenprogramm bilden Konzerte, Song-Wettbewerbe und andere Unterhaltungsshow, die in den von dem Reaktorunglück unmittelbar betroffenen Gebieten stattfinden. Die identische Namensgebung soll dabei bewusst eine Konkurrenz zur gleichnamigen oppositionellen Veranstaltung darstellen. Bereits zu Sowjetzeiten veranstaltete die Regierung Konzerte in den kontaminierten Gebieten um eine Rückkehr zum normalen Leben zu verdeutlichen. Kurz vor der Wahl Lukašenkos, im April 1994, fanden diese Konzerte erstmals unter dem Namen „Tschernobyl

Weg“ statt. Die vorher als reine Unterhaltungsshow konzipierte Veranstaltung wurde erstmals mit Elementen einer Gedenkfeier ausgestattet und findet seitdem immer um den Jahrestag des Reaktorunglücks herum statt. Die Veranstaltung entwickelte sich in den Gebieten zu einem Höhepunkt der ansonsten spärlichen Kulturlandschaft und soll die Bemühungen des Präsidenten zur Normalisierung der Lage verdeutlichen. Obwohl stets die unpolitische und rein kulturelle Prägung dieses Festivals betont wird, wird trotzdem eine wichtige politische Botschaft präsentiert: Während die Opposition Jahr für Jahr eine Gedenkveranstaltung in Minsk organisiert um Aufmerksamkeit zu gewinnen und so aus dem Leid der Menschen Kapital zu schlagen, kümmert sich der Staat unmittelbar um die Opfer der Katastrophe.

### **Die Besuche des Präsidenten in den kontaminierten Gebieten**

Der erste Besuch des Präsidenten anlässlich des Jahrestages der Katastrophe fand im April 1996 statt. Üblicherweise dauert der Besuch einige Tage und umschließt immer den 26. April. Neben dem Besuch von Gedenkstätten, Reden und Kranzniederlegungen sind es vor allem die zahlreichen Besuche von staatlichen Einrichtungen, Unternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben, für die sich Lukašenko Zeit nimmt. Er trifft sich mit der Bevölkerung und lässt sich von Angestellten und Landwirten über die Erfolge und Schwierigkeiten ihrer Arbeit informieren. Oft wird der Erfolg der gemeinschaftlichen Anstrengungen betont und persönliches Fehlverhalten, das die Rückkehr zu normalen Umständen verzögert, gerügt. Neben wichtigen Bevölkerungs- und Wirtschaftszentren sind auch jedes Jahr mehrere kleine Dörfer in der Reiseroute vorgesehen um zu verdeutlichen, dass der Präsident sich auch um jede noch so kleine Zelle seines Landes kümmert.

### **Die Besuche Lukašenkos als Legitimierung der Politik**

Lukašenkos jährliche Reise durch die Gebiete verdeutlicht und legitimiert seinen paternalistischen und populistischen Führungsstil. Sie betont zur gleichen Zeit seine Entschlossenheit zur Bewältigung der Tschernobyl-Katastrophe und seinen zentralen Platz im politischen System. Den Bewohnern der bereisten Gebiete werden so der

Mut, die Entschlossenheit und die Aufopferung des Präsidenten für sein Volk vor Augen geführt. Dabei scheint Lukašenko omnipräsent zu sein: Er entscheidet über die (Neu-)Verteilung staatlicher finanzieller Hilfen, legt politische Prioritäten fest und instruiert direkt seinen Administrationsapparat. Der „narodnyj prezident“ sucht dabei immer den unmittelbaren Kontakt zu seinem Volk. Die direkten Anweisungen durch den Präsidenten bilden einen zentralen Bestandteil seiner Reise. Während scheinbar spontaner und improvisierter Zusammentreffen mit Lukašenko präsentieren die Verantwortlichen vor Ort öffentliche und private Einrichtungen und weisen auf Missstände hin. Sofort werden präsidiale Anweisungen formuliert, deren Durchführung oberste Priorität genießt. Oft äußern sich diese Anweisungen auch in materiellen Zugeständnissen des Präsidenten. Diese unbürokratische und unmittelbare Hilfe für sein Volk soll die Generosität des Präsidenten versinnbildlichen. Dabei schüttet er mitunter große finanzielle Summen aus, ohne Informationen über deren Herkunft zu geben. So sollen die beinahe magischen Fähigkeiten des Präsidenten betont werden, die Wünsche seiner Untergebenen zu erfüllen. Abschließend bewertet der Präsident direkt die Arbeit von Verantwortlichen in wirtschaftlichen und politischen Führungspositionen. Dabei wird jedem sein Platz in der politischen Hierarchie klar vor Augen geführt: Der Präsident speist seine Macht unmittelbar aus den Interessen seiner Wähler, die ihm die Vertretung ihrer Interessen anvertraut haben. So sieht Lukašenko sich jederzeit in der Lage, individuelle Leistung zu bewerten und zu kritisieren.

### **Die Einheit des belarussischen Volkes und der Wiederaufbau der kontaminierten Gebiete**

Die Reise des Präsidenten in die betroffenen Gebiete versinnbildlicht auch die Solidarität und Eignigkeit des belarussischen Volkes und die Unterstützung der präsidialen Tschernobyl-Politik. An jedem Ort seiner Reise erwarten den Präsidenten versammelte Einwohner oder Belegschaften. Nach einer kurzen Ansprache sucht der Präsident das informelle Gespräch mit seinem Volk und nimmt gemeinsam mit ihnen an einer kurzen Gedenkfeier am lokalen Tschernobyl-Denkmal teil. Neben den direkt von der Katastrophe betroffenen Opfern finden auch die Verluste der Wiederbesiedlung der verseuchten Gebiete in den 1990ern Erwähnung. Dabei wird auf die mutige Entschei-

derung des noch jungen Präsidenten verwiesen, die Gebiete trotz aller Widrigkeiten wieder zu besiedeln und belarussisches Territorium nicht verloren zu geben. Belarus sollte so die Katastrophe überwinden und eine aktive Rolle im Umgang mit dem Reaktorunglück einnehmen. Der staatliche Diskurs betont immer wieder die Erfolge Lukašenkos und analog dazu die Misserfolge seiner Vorgänger. Die damit verbundenen Risiken finden dabei freilich kaum Erwähnung. Während der Besuche Lukašenkos wird immer wieder auf frühere Missstände und heutige Prosperität verwiesen: Der Präsident besucht wiederaufgebaute Schulen, Häuser und Unternehmen, die früher vor dem Bankrott standen. Die Anwesenheit von Kindern bei diesen Besuchen soll Hinweise auf die Vitalität dieser Regionen geben. Dabei werden auch sowjetische Tugenden wieder aufgegriffen: Fleiß, Optimismus und Gemeinschaftssinn. So zeichnet der Präsident viele Einzelpersonen und Gruppen aus, die sich bei dem Wiederaufbau besonders hervorgetan haben und verdeutlicht anhand dieser Helden, dass nur eine starke (belarussische) Gemeinschaft diese gewaltige Aufgabe stemmen kann. Die zentrale Bedeutung von Arbeit ist dabei ein Teil der Strategie zur Depolitisierung der durch Tschernobyl verursachten Probleme. Während seiner Besuche bezieht Lukašenko die Opposition, Tschernobyl zu instrumentalisieren, Konflikte zu initiieren und die erfolgreiche Wiederaufbauarbeit der Regierung zu behindern.

## Tschernobyl-Denkmäler

Bereits zu Zeiten der Sowjetunion wurden Tschernobyl-Denkmäler errichtet, die Mehrheit von ihnen entstand aber während der zweiten Hälfte der 1990er und zu Beginn der 2000er Jahre. Mittlerweile steht in jedem administrativen Zentrum der kontaminierten Gebiete ein Denkmal. Sie sind dabei nicht nur Produkte staatlicher Erinnerungspolitik, sondern bilden auch den symbolischen Hintergrund, vor dem der Wiederaufbau der Gebiete stattfindet. Die meisten Tschernobyl-Denkmäler erinnern stark an die Denkmäler für den Großen Vaterländischen Krieg, der die Hauptsäule der belarussischen Erinnerungslandschaft bildet. Die Parallele zwischen dem Krieg und der Katastrophe vom Tschernobyl ist extrem wichtig, um die Konstruktion der belarussischen nationalen Identität zu verstehen. Der zu Sowjetzeiten etablierte Kult um

den Krieg hält in Belarus, das während des Krieges die meisten Verluste erlitt und sich durch einen besonders erbitterten Partisanenkampf gegen die Invasoren auszeichnete, bis heute unvermindert an. Nach seinem Amtsantritt verstand Lukašenko sich als Beschützer dieses Erbes und inszeniert sich als Verteidiger der ruhmreichen Heldentaten des belarussischen Volkes. Der Große Vaterländische Krieg wird heute als Gründungsmythos der belarussischen Volksgemeinschaft verstanden und dient zur Glorifizierung des sowjetischen Systems und seiner Werte. Es gibt zwei Arten von Tschernobyl-Denkmalern: die Denkmäler für die Helden der Katastrophe, die sogenannten Liquidatoren, und die verschwundenen Dörfer. Im belarussischen Narrativ nehmen die Liquidatoren als Soldaten im Krieg gegen einen unsichtbaren Feind einen ähnlichen Platz ein wie die Helden des Zweiten Weltkrieges. Geschaffen, um die Erinnerung an die hunderttausenden Liquidatoren zu ehren, tragen diese Denkmäler paradoxerweise zum Vergessen bei. Sie zeigen Liquidatoren als Helden, die freiwillig ihr Leben geopfert haben um andere zu retten. Diese Denkmäler sagen nichts über die absurde Verheißung menschlichen Lebens und die Tatsache, dass die extrem hohen Verluste der Katastrophe auf die mangelnde Vorbereitung der sowjetischen Führung zurückzuführen sind, ihre Versuche die wahren Ausmaße der Katastrophe herunterzuspielen und so schnell wie möglich zur Normalität zurückzukehren, ungeachtet der Kosten. Diese Denkmäler vergessen die Liquidatoren, die noch am Leben und krank sind, diejenigen, denen es nicht gelungen ist zu beweisen, dass sie Liquidatoren waren. Die Denkmäler zur Erinnerung an die verschwundenen Dörfer bestehen aus einem Grabstein oder einer Marmorplatte, auf denen der Name eines Dorfes steht, das aufgrund der hohen Strahlung evakuiert wurde und aufhörte zu existieren. Im Kontext der belarussischen Erinnerungslandschaft erinnert dieses Narrativ stark an die durch die Deutschen im Krieg vernichteten Dörfer. Das Thema der verlassenen Dörfer ist für die staatliche Erinnerungspolitik von großer Bedeutung und zeigt, dass mit Ausnahme der Liquidatoren den menschlichen Verlusten wenig Beachtung geschenkt wird: Das Vaterland gilt als Hauptopfer der Katastrophe. Dieser Topos geht Hand in Hand mit der staatlichen Wiederbesiedlung der kontaminierten Gebiete. Allerdings besteht der Unterschied zwischen einem Menschen und einem Dorf darin, dass dessen Tod nicht unumkehrbar ist.

*Tatjana Kasperski arbeitet seit 2006 als Dozentin für Politikwissenschaft an der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius. Bei dem Text handelt es sich um eine gekürzte Version ihres Vortrags „Chernobyl's aftermath through political symbols, monuments and rituals: framing, remembering and forgetting the disaster in Belarus.“, den sie am 8. April im Rahmen der „International Conference after Chernobyl“ in Potsdam hielt. Weitere Informationen: [www.after-chernobyl.de](http://www.after-chernobyl.de).*

# Fukushima ist kein Vorwand

*Die Situation im japanischen Atomkraftwerk „Fukushima-1“ wird in Belarus mit großer Sorge verfolgt. Unter anderem deswegen, weil der belarussische Präsident genau vier Tage nach der Tragödie in Japan, den Beschluss über den Bau des ersten belarussischen AKWs unterzeichnete. Die Reaktorexpllosion in Fukushima nutzte die belarussische Presse vor allem, um die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass das geplante Kraftwerk absolut sicher ist.*

*Marina Rachlej, Berlin*

Jeder Belaruse weiß, dass 70 Prozent der radioaktiven Niederschläge nach der Reaktorexpllosion in Tschernobyl über Belarus niedergingen und dabei 23 Prozent des belarussischen Territoriums kontaminiert wurden. Deshalb stellte man damals den Bau des Atomkraftwerkes in Družnyj ein, das unweit von Minsk entstehen sollte. Statt dessen baute man ein Thermalkraftwerk. 25 Jahre später präsentieren die staatlichen Medien in Belarus den GAU im japanischen Atomkraftwerk als absolute Ausnahme. Fukushima sei ein sehr altes Kraftwerk und Erdbeben und Tsunamis in Belarus völlig ausgeschlossen. Zudem versicherte Vladimir Putin entschlossen, dass das russische AKW-Projekt in Belarus viel effizienter und sicherer sei als der havarierte japanische Reaktor. Die Experten des russischen Konzerns „Rosatom“ würden die Unfallursachen in „Fukushima-1“ analysieren und gegebenenfalls das belarussische Projekt, welches bereits „an seinen technischen Charakteristiken überlegen ist“, um weitere Details verbessern. Die russischen Partner sind überzeugt, ein ähnlicher Unfall wie in Japan sei bei dem künftigen belarussischen AKW grundsätzlich ausgeschlossen.

## Alte Muster

Diese Informationspolitik ist in Belarus nicht neu. Die Bewertung des Reaktorunglücks in Tschernobyl und seiner Folgen war schon immer ziemlich doppeldeutig: Zwar berichtete die belarussische Presse über die gesundheitlichen Folgen der Katastrophe, die Mittel für deren Beseitigung waren jedoch so knapp, dass die wahren Ausmaße der Tragödie zum größten Teil verschwiegen wurden. Den Höhepunkt erreichte diese Informationspoli-

itik, als das Staatsprogramm zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der kontaminierten Territorien – der neue Stolz der belarussischen Regierung – gestartet wurde. Kurze Zeit nach Fukushima berichte die staatliche „Respublika“ gar von japanischen Journalisten, die angeblich großes Interesse an den Erfahrungen zeigten, die Belarus im agrartechnischen Umgang mit radioaktiv belasteten Böden gesammelt hatte. Die größte belarussische Zeitung „Belarus‘ Segodnja“ veröffentlichte in den letzten Wochen eine Reihe von Reportagen aus Ostrovec, wo man bereits mit dem Bau der Infrastruktur für das künftige Atomkraftwerkes begonnen habe. Die Einwohnern erschütterte der geplante Bau nach Angaben der Belarus‘ Segodnja nicht, da das litauische Kernkraftwerk Ignalina nur 20 km von Ostrovec entfernt liege. Die Belarussen müssten begreifen, dass es keine Alternative zum Bau des Atomkraftwerkes gibt, so die Meinung der Redaktion. „Die Tragödie in Japan soll nicht als Vorwand für politische Spekulationen genutzt werden, sondern als Anlass, die Entwicklung der Sicherheitstechnologien voran zu treiben“, resümiert die Zeitung.

## Entscheidung bereits getroffen

Die unabhängigen Medien, die sowieso kaum mit der Staatspresse konkurrieren können, diskutieren die Zweckmäßigkeit des kostenaufwendigen Projekts mit belarussischen und internationalen Experten. Ihre Mühen sind jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Ereignisse in Japan können vielleicht zu einer Diskussion über zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen beitragen – der Bau des Kraftwerks hingegen ist längst beschlossene Sache.



# belarus- analysen

[www.laender-analysen.de/belarus/](http://www.laender-analysen.de/belarus/)

## NEU: BELARUS-ANALYSEN

- Im Mai 2011 erscheint die erste Ausgabe der Belarus-Analysen.
- Diese Hintergrundanalysen sollen bei der Beurteilung aktueller Ereignisse und langfristiger Entwicklungen in Belarus behilflich sein. Sie werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin und dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund, mit finanzieller Unterstützung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft herausgegeben. Ihr Anliegen ist es, das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und interessierte Öffentlichkeit verfügbar zu machen.
- Jede Ausgabe bietet eine kurze Analyse zu einem aktuellen Thema der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung des Landes. Ergänzt wird sie mit Tabellen und Grafiken. Zusätzlich gibt es regelmäßig Kommentare und Hintergrundinformationen zu aktuellen Ereignissen sowie eine Chronik mit den wichtigsten Geschehnissen der vergangenen zwei Monate. Die Belarus-Analysen orientieren sich damit am erfolgreichen Konzept der Länder-Analysen ([www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)).
- Die Belarus-Analysen werden ab Mai 2011 alle zwei Monate erscheinen und auf Anforderung kostenlos per E-Mail als pdf-Datei versandt.
- Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort »Abo Belarus-Analysen« in der Betreffzeile an [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de). Ein Archiv der kommenden Ausgaben sowie weitere Informationen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/belarus](http://www.laender-analysen.de/belarus).



# Chronologie

## 14. März bis 17. Mai

### 14. bis 20. März

Aleksandr Lukašenko unterzeichnet einen Erlass, der den Abschluss einer Vereinbarung mit Russland über den Bau des belarussischen AKWs vorsieht.

In Minsk findet die Sitzung des zwischenstaatlichen Rats der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft statt.

Das alternative „Autoradio“ kann doch nicht wieder auf Sendung gehen. Die entsprechende positive Entscheidung des höchsten Wirtschaftsgerichts wurde von der Gerichtskommission annulliert.

Der US-Senat verabschiedet eine Resolution, in der er die Präsidentschaftswahlen in Belarus als illegitim bezeichnet und die Regierung auffordert, Neuwahlen durchzuführen.

### 21. bis 27. März

Die Außenminister der EU weiten die Einreiseverbote für belarussische Beamte wegen der schlechten Menschenrechtslage im Land aus. Die neue Liste enthält nun 19 zusätzliche Namen.

Ex-Präsidentschaftskandidat Ales Michalevič, der nach einem Aufenthalt im KGB-Gefängnis nach Prag floh, wird von Tschechien als politischer Flüchtling anerkannt.

Die Anführer der oppositionellen Jugendorganisation Malady Front, Dmitrij Daškevič und Eduard Lobav, werden zu zwei bzw. vier Jahren Gefängnis verurteilt. Sie sollen zwei Männer zusammengeschlagen haben.

In Belarus finden traditionelle Oppositionsdemonstrationen zum Jahrestag der Gründung der Belarussischen Volksrepublik statt. Es werden etwa 70 Personen festgenommen.

### 28. März bis 3. April

Die belarussische Nationalbank gestattet Geschäftsbanken, vom offiziellen Wechselkurs um zehn Prozent abzuweichen.

Die USA beschließen Sanktionen gegen den belarussischen staatlichen Ölkonzern Belneftechim, da dieser mit iranischem Öl handelt.

Der IWF fordert Belarus auf, eine „wirkliche Abwertung“ des belarussischen Rubels umzusetzen.

### 04. bis 10. April

Die deutsche Botschaft in Minsk erklärt, dass Deutschland die Visagebühren für belarussische Kinder bis zum 13. Lebensjahr abgeschafft habe. Vorher galt die Regelung nur bis zum 6. Lebensjahr.

Der belarussische Botschafter in Litauen, Vladimir Dražin, trifft sich mit dem stellvertretenden litauischen Außenminister Evaldas Ignatavicius bezüglich der Auseinandersetzungen um den Bau des belarussischen AKWs an der litauischen Grenze.

Laut Umfragen des unabhängigen Instituts NISPI würden bei einer Wahl noch 42,9 Prozent der Befragten für Präsident Lukašenko stimmen. Ende 2010 waren es noch 53 Prozent gewesen.

Litauische Banken senken ihren Umtauschkurs zwischen US-Dollar und belarussischen Rubeln auf bis zu 50 Prozent des Kurses der belarussischen Nationalbank ab.

### 05. bis 11. April

Der litauische Außenminister Vygaudas Usackas erklärt, der Bau des belarussischen AKWs 50 km vor der litauischen Grenze sei eine „Provokation“.

Laut Information der UNO-Arbeitsgruppe zum Einsatz von Söldnern kämpfen im libyschen Bürgerkrieg belarussische Bürger auf Seite der Regierungstruppen. Das belarussische Außenministerium dementiert dies.

Die belarussischen Ermittlungsbehörden lassen den bekannten Politologen und Oppositionellen Aleksandr Feduta vorläufig aus der Untersuchungshaft frei.

Catherine Ashton, Hohe Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, kritisiert die Verhaftung des polnischen Journalisten Andrej Počobyt, dem Präsidentenbeleidigung vorgeworfen wird.

### 12. bis 17. April

In der Minsker U-Bahn explodiert eine Bombe. Zwölf Menschen sterben, mehr als 200 werden verletzt.

Der stellvertretende russische Finanzminister Sergej Storčak empfiehlt Belarus, zur Lösung seiner Währungsprobleme verstärkt Staatsfirmen zu privatisieren.

Die Staatsanwaltschaft warnt unabhängige Medien davor, im Zusammenhang mit dem Bombenattentat Gerüchte zu verbreiten.

Das Innenministerium erklärt, dass drei Verdächtige ihre Mittäterschaft an dem Bombenattentat gestanden hätten. Präsident Lukašenko erklärt das Attentat für aufgeklärt.

### 18. bis 24. April

Die belarussische Nationalbank hebt die Einschränkungen des Währungskurses im Handel zwischen belarussischen Banken auf. Der Wechselkurs des Rubels weicht nun um 40 Prozent vom offiziellen Kurs ab.

Aleksandr Lukašenko erklärt in seiner jährlichen Rede an die Nation, dass Belarus sein Atomkraftwerk bauen werde, „koste es, was es wolle.“

Das belarussische Energieministerium erklärt, dass Belarus nach Fertigstellung seines AKW den Import russischen Gases um 25 Prozent reduzieren könne und dadurch die Stromkosten für Belarus um 20 Prozent fallen würden.

### 25. April bis 1. Mai

Mehr als eine Million belarussischer Bürger nehmen an den Osterfeierlichkeiten teil.

Laut belarussischem Statistikministerium sind die realen Einkommen im März um 4,8 Prozent gestiegen.

Aleksandr Lukašenko nennt EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso einen „unverschämten Kerl“. Barroso hatte es abgelehnt, an der ukrainischen Konferenz zum Tschernobyl-Jahrestag teilzunehmen, falls Lukašenko teilnehme.

In Minsk nehmen etwa 500 Personen an der traditionellen oppositionellen Demonstration zum Jahrestag des Tschernobyl-Unglücks teil.

Das belarussische Informationsministerium beantragt vor Gericht die Schließung der staatskritischen Zeitungen Naša Niva und Narodnaja Volja wegen angeblicher Falschinformation über das Bombenattentat in der Minsker U-Bahn.

### 02. bis 08. Mai

Die Menschenrechtsorganisation Freedom House stuft Belarus als eines der zehn Länder der Welt mit der geringsten Pressefreiheit ein.

Der Internationale Währungsfonds veröffentlicht eine Analyse, nach der Belarus 14 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Subventionen ausgibt. Dieser Anteil sei zu hoch, so die Experten des IWF.

Die parlamentarische Versammlung der Östlichen Partnerschaft Euronest wird in Brüssel ohne belarussische Teilnahme gegründet. Hintergrund ist die Menschenrechtslage in Belarus.

Ein Minsker Gericht verurteilt fünf oppositionelle Aktivisten zu Haftstrafen zwischen drei und fünf Jahren für die Organisation der Demonstration am 19. Dezember 2010.

Russland hat den ersten Teil der Gaspipeline North Stream fertig gestellt, die belarussisches Territorium umgeht.

Der deutsche Kanzleramtsminister Roland Pofalla erklärt während seines Besuchs in der litauischen Hauptstadt Vilnius, dass das geplante belarussische AKW nicht den internationalen Standards entsprechen werde.

### 09. bis 17. Mai

Die belarussische Nationalbank hebt ihre Einschränkungen für den Wechselkurs belarussischer Banken auf. Der IWF begrüßt die Entscheidung.

In Minsk beginnt der Prozess gegen fünf ehemalige Präsidentschaftskandidaten. Ihnen wird vorgeworfen, am 19. Dezember 2010 zu Massenunruhen angestiftet zu haben.

Der Vorsitzende des Europaparlaments, Jerzy Buzek, fordert die Internationale Eishockeyföderation auf, die Weltmeisterschaft 2014 aufgrund der Menschenrechtssituation nicht in Belarus auszugetragen.

Laut belarussischer Nationalbank hat die Bevölkerung im April Valuta-Einlagen von etwa 459 Millionen US-Dollar von den Banken abgehoben. Dies entspricht 9,9 Prozent der Gesamtdepositen.

Das Europaparlament verabschiedet mit absoluter Mehrheit eine Resolution, in der die Exekutivorgane der EU aufgefordert werden, die Maßnahmen gegen die belarussische Staatsführung auszuweiten und punktuelle Wirtschaftssanktionen einzuführen.

Ein Minsker Gericht verurteilt den Ex-Präsidentschaftskandidaten Andrej Sannikov zu fünf Jahren Gefängnisstrafe, vier mitangeklagte Oppositionelle erhalten Strafen zwischen drei und dreieinhalb Jahren.

Angela Merkel ruft Aleksandr Lukašenko in einer Presseerklärung dazu auf, alle politischen Gefangenen freizulassen.

Der russische Finanzminister Kudrin erklärt, Belarus plane, im laufenden Jahr Staatsfirmen im Gegenwert von drei Milliarden US-Dollar zu privatisieren.

Die russische Assoziation der Hersteller von Milchprodukten beklagt sich bei der russischen Regierung über belarussische „Dumpingpreise“.

# Der belarussische Rubel und seine zwei Gesichter

*Seit Anfang April hat der belarussische Rubel zwei Gesichter. Im staatlichen Fernsehen und in der offiziellen Presse zeigt er sich enorm stabil. Sein zweites Gesicht ist aber die Realität: Zur Zeit kann man für belarussische Rubel nur bei Devisenschaltern oder an der internationalen Devisenbörse Valuta kaufen. In beiden Fällen übersteigt dieser Kurs den offiziellen um über 70 Prozent. Zwar versucht die belarussische Nationalbank die Situation auf dem Devisenmarkt zu stabilisieren, die Erfolge lassen aber auf sich warten.*

*Andrej Aleksandrovič, Minsk*

## Psychologische Gesten

Der letzte Versuch der Nationalbank die Krise der Nationalwährung abzuwenden, war die Abschaffung fester Wechselkurse für kommerzielle Banken. Diese Liberalisierungs-Initiative brachte jedoch keine zusätzlichen Valuta in die Wechselstuben. Die Nationalbank ließ den Rubelkurs zwar frei, ließ dabei aber nicht von ihren kommando-administrativen Gewohnheiten. Sie „bat“ die kommerziellen Banken, die Marke von 4 000 Rubel (und später von 4 500 Rubel) je US-Dollar nicht zu überschreiten – und die Banken gehorchten. Diese Geste der Nationalbank wirkte eher psychologisch als wirtschaftlich, meint der unabhängige Ökonom Sergej Čalj. An der Situation änderte es nichts: Lediglich ein weiterer Devisenkurs kam hinzu – der der kommerziellen Banken.

## Vielfältigkeit der Kurse

Momentan existieren in Belarus mindestens fünf Rubelkurse: Der offizielle Kurs, der Kurs der kommerziellen Banken, der Interbank-Kurs, der Schwarzmarktkurs und der interne Kurs einiger Firmen. Beispielsweise sind die Tarife der staatlichen Fluggesellschaft „Belavia“ in belarussischen Rubel um 30 Prozent gestiegen, in Valuta aber fest geblieben. Viele Reisebüros berechnen die Preise für ihre Touren dem eigenen Kurs nach, sodass diese in belarussischen Rubel 60 bis 70 Prozent teurer werden. Den Grund der Devisenkrise sehen belarussische Experten vor allem in der Weigerung der belarussischen Regierung, den offiziellen Rubelkurs abzuwerten. Der Internationale Währungsfonds hat der belarussischen Regierung bereits empfohlen, die Landeswährung um 15 Prozent abzuwerten. Minsk hat diese „unangebrachte“ Empfehlung abgelehnt. Damit blieb der amtliche

Rubelkurs am Frühlingsende mit ca. 3 000 Rubel je US-Dollar auf der gleichen Marke wie zu Jahresanfang. Unabhängige belarussische Wirtschaftsexperten halten eine Rubelabwertung um 20 bis 30 Prozent für notwendig. Doch auch ihre Meinung findet kein Gehör bei der belarussischen Regierung. Der Dollarkurs in den kommerziellen Banken ist somit allein in den letzten Maiwochen um 50 Prozent gestiegen.

## Seltene Visionen

Die belarussische Regierung wollte die Krise der Landeswährung nicht als solche akzeptieren. Dies führte dazu, dass die Bevölkerung anfangs sich panisch mit ausländischen Devisen einzudecken – für den Staat eine ziemlich teurere Angelegenheit. Während die Regierung versuchte den Wechselkurs stabil zu halten, wurden von der Bevölkerung 768,1 Millionen US-Dollar mehr aufgekauft als verkauft. Insgesamt haben die Belarussen in den ersten drei Monaten dieses Jahres genauso viel Valuta aufgekauft wie über das ganze Jahr 2010. Das heißt 1,5 Milliarden US-Dollar. Im April verschwanden dann die Valuta aus den Wechselstuben. Die Nationalbank, die zuschauen musste, wie Gold- und Währungsreserven weg schmolzen, führte Devisenankaufbeschränkungen für kommerzielle Banken ein. Sie begründete dies damit, dass die Bevölkerung bereits zu viel Valuta aufgekauft habe. So erwähnte der Vorstandsvorsitzende der Nationalbank Pjotr Prokopovič auf einem Treffen mit den Mitarbeitern einer Geflügelfabrik in Kobrinsk, dass die Bevölkerung momentan mehr Valuta auf der Hand hat als der Staat – ca. 11 Milliarden US-Dollar. Doch am 1. Mai korrigierte der Minsker Bürgermeister Nikolaj Ladut'ko diese Einschätzung: „Heute sprechen sowohl unabhängige

ge als auch ‚abhängige‘ Experten von einer Summe von 12 bis 14 Milliarden US-Dollar“. Aus Sicht der Experten sind diese Angaben weit von der belarussischen Realität entfernt. Nach der Einschätzung von Vasilij Šlyndikov könne nur etwa jeder dritte Belarusse überhaupt irgendwelche Ersparnisse zurücklegen. Zwei Drittel der Bevölkerung müssten ihr Einkommen sofort ausgeben. Der Staat, der seinen Bürgern in die Tasche schaut, sieht traditionell nur das, was er sehen will. Aber nicht das, was in der Tat zusammengespart wurde. Und so gewinnt man ziemlich schnell den Eindruck, dass die Regierung das Problem totsichweigen will. So wurde beispielsweise auf einem Seminar in Grodno, das von der Präsidentenadministration für Chefredakteure staatlicher Zeitungen organisiert wurde, den Journalisten explizit verboten, über die Krise der Landeswährung, den Preisanstieg oder die Arbeitslosigkeit zu schreiben.

### **Einkäufe für den Notfall**

Das Totsichweigen von Problemen führt bekanntlich oft zu deren Verschärfung. Inzwischen hat die Bevölkerung angefangen alles aufzukaufen, was in absehbarer Zeit teurer werden könnte, um so die eigenen Gehälter vor der Inflation zu retten. Zunächst fielen Zucker und Sonnenblumenöl der allgemeinen Konsumattacke zum Opfer. Die Regierung versicherte, dass diese Waren im Überschuss vorhanden seien. Sonnenblumenöl floss in Strömen in die Läden. Die Bürger erkannten den Irrtum und stellten sich auf Importwaren um – vor allem auf Kleidung und Haushaltstechnik. Die reicheren und schlauerer Panikmacher stiegen auf Edelmetalle um. Die Nationalbank hat dann de facto den Rubelsturz zugegeben: Seit April verkauft sie Gold und andere Edelmetalle nur noch für Valuta. Der Ankauf erfolgt allerdings ausschließlich in belarussischen Rubel. Die Passivität der Regierung könnte man mit dem Versuch erklären, die sozialwirtschaftliche Lage in dieser Situation stabil zu halten, meint der unabhängige Experte Sergej Čalyj. Der Staat stehe vor einer schwierigen Aufgabe: Den Rubelkurs zu stabilisieren ohne ihn ab-

werten zu müssen und das Wirtschaftssystem zu restrukturieren ohne eine Welle der Arbeitslosigkeit auszulösen. In der heutigen Situation sei diese Aufgabe unlösbar, so der Experte. Daher werden auch keine Maßnahmen getroffen: Der amtliche Kurs steht still.

### **Gefährliche Passivität**

Čalyj ist überzeugt, dass alle administrativen Restriktionen der Kursfestsetzung auf dem Markt abgeschafft werden müssen. Dies passiere aber nicht, denn der Staat profitiere von dem Einfrieren des amtlichen Kurses. Gemäß der geltenden belarussischen Gesetzgebung sind alle Wirtschaftssubjekte verpflichtet, 30 Prozent des Valutaerlöses an den Staat zu verkaufen. Der Kauf wird nach dem amtlichen Kurs abgerechnet, welcher nach wie vor bei etwa 3 000 Rubel je US-Dollar liegt. Solange diese Verpflichtungen gelten, kann die Situation nicht stabilisiert werden, befürchtet der Experte. Damit bleibt der Bedarf der Bevölkerung an Valuta enorm hoch. Wie sich die Situation auf dem Devisenmarkt weiterentwickeln wird, kann momentan niemand einschätzen. An den Folgen dieser Währungskrise leiden unterdes vor allem die sozial schwachen Schichten der belarussischen Gesellschaft, Rentner oder Invaliden – Menschen, die wenig Bezug zum Devisenmarkt haben. Mit dem Rubelkursverfall steigen die Preise auf Waren des täglichen Bedarfs, die Kauffähigkeit der Bevölkerung sinkt kontinuierlich und die Inflationsrate liegt inzwischen bei fast 11 Prozent. Wie es zu der Krise kam, darüber sind sich belarussische Wirtschaftsexperten einig: Lukašenkos Versuche, sein Wahlversprechen von einem Durchschnittslohn um die 500 US-Dollar zu halten, führten zur Entstehung einer ungedeckten Rubelmasse. Jetzt sinken diese künstlich erhöhten Gehälter wieder auf die realen 300 US-Dollar zurück. Obwohl Lukašenko versichert, dass die Bevölkerung in ein paar Monaten „den Valutawirrwarr vergessen“ haben wird, ist den Experten bewusst, dass die Probleme im belarussischen Finanzsektor ohne tiefgreifende Reformen nicht gelöst werden können.

# Das Gas steht bis zum Hals

*Belarus hat seit Jahren ein Energieproblem: Der Energieverbrauch der Volkswirtschaft ist zu hoch, während die Preise für Energieträger immer weiter steigen. Der Staat will deshalb auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzen. Doch alleine kann er die parallele Umstrukturierung der Wirtschaft, die Ausbildung von Fachkräften und Bildungsmaßnahmen für die Bevölkerung nicht leisten. Er ist auf die Kompetenz, Kontakte und Mittel von Partnern angewiesen. (MS)*



*Der Pro-Rektor der Internationalen Ökologischen Sacharov-Universität, Sergej Pozniak, erläutert im Energiepark Volma einen Heizkessel, der auf der Basis von Holzverbrennung funktioniert.  
Foto: Martin Schön*

Die belarussische Währungskrise, möchte man meinen, müsste sich vor allem auf die Preise für Importwaren auswirken. Tatsächlich wechseln die Verkäufer von Computern, Handys oder Videokameras in der belarussischen Hauptstadt seit Wochen täglich ihre Preisschilder aus. Aber nicht nur sie. „Ich komme gerade aus Stolin in Südbelarus“ berichtet Sergej Tarasjuk, Leiter des belarussischen Internationalen Fonds für Ländliche Entwicklung. „Die Preise für praktisch alle Waren steigen in den Dorfgeschäften mit jedem Tag.“ Denn ein Produktionsfaktor wird mit dem fallenden Rubelkurs von Tag zu Tag teurer: Energie. Und die belarussische Wirtschaft arbeitet sehr energieintensiv. Das Land brauchte im Jahr 2010 290 kg Rohöleinheiten, um 1000 Dollar BIP zu erwirtschaften, weniger als Russland, aber mehr als doppelt so viel wie Deutschland. Zumal sich Russland als Gasproduzent Energieintensität zumindest leisten kann. Als besonders problematisch erweist sich auch hier die veraltete Struktur der belarussischen Wirtschaft. Während Westeuropa einen Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft durchgemacht hat, erwirtschaften

in Belarus nach wie vor Industrie, Baugewerbe und Landwirtschaft den Großteil des BIP. Der Energieverbrauch dieser Sektoren ist hoch. Und Energie ist nicht nur teuer, seit Russland die Gaspreise jedes Jahr anhebt, auf inzwischen über 230 US-Dollar pro Kubikmeter. Energie wird nahezu unbezahlbar für Belarus, je schwächer der belarussische Rubel wird und die Währungsreserven schrumpfen. Ein neuer russischer Kredit gewährt dem Land nur eine Galgenfrist. Belarus muss mehr eigene Energie gewinnen. Und es muss seine Energie effizienter einsetzen.

## Ambitionierte Ziele

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Die belarussische Staatsführung begann deshalb bereits vor Jahren, sich ambitionierte Ziele zu stecken. In der präsidentialen Direktive „Sparsamkeit und sorgsamer Umgang mit Ressourcen“ von 2007 ist bis 2012 ein Anteil von 25 Prozent regionaler und erneuerbarer Energieträger an der Energiebilanz anvisiert. Tatsächlich betrug dieser Anteil im zweiten Halbjahr 2010 laut belarussischem Energieministerium bereits knapp 22 Prozent (2004 waren es noch 5,7 Prozent), so dass das präsidentiale Ziel realistisch scheint. Knapp die Hälfte (etwa 45 Prozent) waren Holz und Holzabfälle. Allerdings soll auch die Torfnutzung weiter ausgebaut werden – ein ökologisch bedenkliches Vorhaben, da das Ökosystem Moor so langfristig geschädigt wird und Torf kein nachwachsender Rohstoff ist. Bisher spielen nachwachsende, alternative Energiequellen (Wind, Sonne, Wasser, Biomasse) eine untergeordnete Rolle. Vor allem die Windenergie könnte zumindest mehr als die bescheiden anmutenden 2 Megawatt bieten, die belarussische Windkraftanlagen laut dem deutschen Energieexperten Jürgen Schenck an Leistung bieten können, soviel wie eines der großen modernen Windkraftträder. Schenck ist seit zwei Jahren über das BMZ-finanzierte Fachkräfteprogramm CIM an der Internationalen Ökologischen Sacharov-Universität in Minsk angestellt. Er bekommt

leuchtende Augen, wenn er vom Windpark spricht, den die deutsche Firma Enertrag aus Brandenburg in Belarus errichten will: hochmoderne Anlagen von Vestas und Siemens sollen hier 160 Mw Leistung erbringen, die Investitionen betragen etwa 360 Millionen Euro. Geplant ist, die Anlagen zwischen 2012 und 2013 zu errichten. Knackpunkt in den Verhandlungen mit dem belarussischen Energieministerium ist der Preis, den der Staat bereit ist, für die Einspeisung der grünen Energie in sein Stromnetz zu zahlen. Und vor allem die Währung des Einspeisepreises. Bisher sieht die belarussische Gesetzgebung nur Zahlungen in belarussischen Rubeln vor. Das Wechselkursrisiko will der Investor naturgemäß nicht tragen. Bei aller Euphorie der Beteiligten ist jedoch klar, dass Belarus heute unter „eigenen Energiequellen“ im Strombereich vor allem eines versteht: Atomkraft. Der Bau des eigenen AKWs soll bereits im September diesen Jahres beginnen. Da die Vereinbarung mit der russischen „Rosatom“ offenbar steht, wird auch dieses Liquiditätsproblem aller Voraussicht nach durch russische Kredite gelöst.

### Sparsamer Umgang mit Energie

Der zweite Hebel, den der Staat zur Reduzierung seiner Energiekosten justieren kann und will, ist der Energieverbrauch. Auf bis zu 200 Rohöleinheiten will das Land seinen Energieverbrauch bis 2015 reduzieren, das wäre ein Drittel weniger als heute. Große Potentiale weist das Land auch in der Energiebilanz von Gebäuden auf. Hier können sowohl die Sanierung von bestehenden Bauten als auch die Einführung energetischer Baunormen zu Erfolgen führen. Auch die privaten Haushalte können zur Senkung der Gesamtenergieverbrauchs beitragen. Viele Belarussen verhalten sich im Alltag „energieineffizient“, was dem traditionell verschwenderischen Umgang mit Energieressourcen in der Sowjetunion und den niedrigen Preisen für Strom und Heizkosten geschuldet ist, die Lukašenko durch russische Energiesubventionen gewährleisten konnte. Gerade im Bereich der Energieeinsparung, der energetischen Gebäudesanierung und der Aufklärungsarbeit mit Verbrauchern ist der Staat zunehmend offener für nicht-kommerziell orientierte Partner. Belarussische NGOs können nicht nur mit internationalen Kontakten zu Experten und Förderern aufwarten. Sie haben auch eigenes Know-how in den Bereichen Fort- und Weiterbildung zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien aufgebaut, oft in Kooperation mit deutschen Partnern. „Öko-

dom“ und das deutsche „Heim-statt-Tschernobyl“ bilden beispielsweise Experten für den Einsatz nachwachsender ökologischer Dämmstoffe aus. Ein wichtiger Player sind auch die belarussischen Wohnungseigentümergeinschaften (WEGs), die naturgemäß ein hohes Interesse an energieeffizientem Bauen haben. NGOs, die aus dem Umfeld der WEGs kommen – wie „Vitebskaja Alternativa“ oder „Taulma“ (Lida, Grodnoer Gebiet) – bieten deshalb Fortbildungen zu Energieeffizienz an. Die verschiedenen Akteure unter einem Dach vereinen will das IBB in seiner geplanten „Zukunftswerkstatt Energieeffizienz und Erneuerbare Energien“. Das dreistöckige Niedrigenergiehaus soll in Minsk entstehen und gleichzeitig Demonstrationsobjekt und Schulungszentrum für Energieeffizienz und erneuerbare Energien werden. In der Strategie der Zukunftswerkstatt spielen Bildungsmaßnahmen für Schüler und Studenten eine wichtige flankierende Rolle für die Senkung des privaten Energieverbrauchs in Belarus.

### Kooperation erforderlich

Indessen steigt der Druck für Strukturreformen auf den belarussischen Staat durch die Währungskrise mit jedem Tag. Der russische Kredit wird Belarus eine Verschnaufpause verschaffen, die zu erwartende Privatisierung auch. Allerdings muss mit dem Geld sowohl die Währung stabilisiert, als auch laufende Budgetkosten gedeckt werden. Aus eigenen Kräften wird es der Staat deshalb nicht schaffen, eine Energiewende einzuleiten. Die Kooperation mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollte deshalb konzeptionellen Einzug in die staatliche Energiestrategie halten.

*Foto: Martin Schön*



# Von der atomaren Bedrohung eingeholt

## Bärbel Höhn zeigt sich bei Partnerschaftskonferenz entsetzt von AKW-Plänen

Vom 17. bis 20. April fand in Minsk die Partnerschaftskonferenz „25 Jahre nach Tschernobyl“ statt. Das IBB Dortmund und die IBB „Johannes Rau“ Minsk veranstalteten diese Konferenz mit über 400 Teilnehmern aus 12 europäischen Ländern. Am zweiten Konferenztag stand den Teilnehmern ein Exkursionsangebot aus zehn verschiedenen Zielen zur Auswahl: Medizinische, soziale oder ökologische Projekte konnten so je nach Interessensgebiet besucht werden.

*Eva-Maria Brück-Neufeld, Berlin*



Foto: Evgenij Pomytkin

### Mit Bärbel Höhn in Družnaja

Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen und damit unter anderem mit den Bereichen Energie und Umwelt betraut, nahm auf Einladung der Stiftung Mercator an der Konferenz teil. Sie entschied sich für die Fahrt in das Umsiedlerdorf Družnaja im Kreis Mjadel, etwa 120 km nördlich von Minsk gelegen, in dem Familien aus dem verstrahlten Gebiet in Tschernobyl eine zweite Heimat gefunden haben. Während der Fahrt berichtete Frau Höhn, dass dies ihr erster Besuch in Belarus sei. Aus ihrer langjährigen Arbeit im Landtag von Nordrhein-Westfalen ist sie aber schon lange mit verschiedenen Initiativen bekannt: So auch mit dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund, das sie verbindet mit intensiver Begegnungsarbeit im osteuropäischen Raum und qualitativen Veranstaltungen. Dieses Wissen hat sie letztlich überzeugt, trotz vollem Terminkalender, an der Konferenz teilzunehmen. „Ich bin erstaunt über die Menge der Teilnehmer. Es freut mich sehr, dass das IBB diese Vielfalt an europäischen Ländern zur Teilnahme an der Konferenz bewegen konnte.“

Das Projekt des Umsiedlerdorfes in Družnaja lernte sie schon auf einer Veranstaltung zum 15. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl kennen. Nun, zehn Jahre später wolle sie sich von dem Dorf - eines der Großprojekte aus NRW - und seinen Fortschritten vor Ort ein Bild machen.

### Heim-statt Tschernobyl und ÖkoDom

Der Initiative Heim-statt Tschernobyl ist zu verdanken, dass es das Dorf Družnaja überhaupt gibt. Sie hat für Spendengelder und Finanzmittel gesorgt, um die ersten Häuser bauen zu können. Das Dorf wurde 1997 eingeweiht und in jahrelanger Arbeit verschiedenste Projekte realisiert. Mit dem Verein ÖkoDom zusammen konnten die ersten zwei Windkraftanlagen der Republik Belarus errichtet werden, die heute zusammen eine Leistung erbringen, um 700 Haushalte zu speisen. Da es in Družnaja weniger Haushalte gibt, kann mit der Einspeisung des Stroms noch Geld verdient werden, um neue Projekte zu realisieren. Eines davon ist die Fertigung von Schilfplatten, die zu Dämmzwecken, als Putzgrund oder als Sichtschutz Verwendung finden, ein anderes das Gemeinschaftshaus in der Gemeinde Družnaja. Das Haus ist als Niedrigenergiehaus umgebaut, mit einer Solaranlage und der für die Region ursprünglichen Reetdachdeckung versehen worden. Diese ursprüngliche Technik war in Belarus in Vergessenheit geraten, so dass das Projekt „Dach“ zu einem Workshop für Interessierte in der Region umfunktioniert wurde, der von Fachleuten aus Deutschland abgehalten wurde. Bärbel Höhn sprach große Anerkennung für die beiden Initiativen aus: „Das ist wirklich enorm, was hier auf die Beine gestellt wurde“. Vom Geschäftsführer der Initiative ÖkoDom, Jurij Suprinovič, wurde die Gruppe fachkundig durch den Tag begleitet.

## Im Schatten des AKW

So beeindruckend diese Projekte waren, desto größer war der Schatten, der sich darüber legte. Schon während der Busfahrt gab es Rumoren über einen eventuellen Bau eines neuen Atomkraftwerkes in Belarus. Bärbel Höhn brachte die Sprache zunächst auf den Vorvertrag, den Lukašenko und Putin unterzeichnet hatten. Dieser beschließt die russische Finanzierung für den Bau eines neuen AKWs. Sie berichtete von einer Studie, die besagt, dass es für Belarus möglich wäre, eine unabhängige Stromversorgung zu erreichen, wenn das Land das Geld, das in den Bau dieses AKWs fließen würde, für den Einsatz erneuerbarer Energien verwenden würde. Die Summe würde ausreichen, um 63 Prozent des gesamten Bedarfs zu decken. Dass die Unterzeichnung nur drei Tage nach den Ereignissen von Fukushima stattgefunden haben soll, wäre dabei allein schon schockierend gewesen. Als unsere Exkursionsrunde dann aber erfuhr, dass das neu geplante AKW nur 80 Kilometer vom Dorf Družnaja entfernt errichtet werden soll, machten sich sichtliches Unbehagen, Wut und Entsetzen

breit. Dem ersten Umsiedler des Dorfes, der selbst eine Tochter durch ein Krebsleiden verloren hat, lag die Fassungslosigkeit und Resignation in der Stimme: „Erst müssen wir vor dem ersten Atomkraftwerk flüchten und jetzt bauen sie uns ein Neues hierher.“

Foto: Evgennij Pomytkin



# Symbolische Grundsteinlegung für die Zukunftswerkstatt in Minsk

Am 17. April 2011 wurde die Internationale Partnerschaftskonferenz „25 Jahre nach Tschernobyl“, zu der mehr als 400 Teilnehmer aus 12 europäischen Ländern angereist waren, auf dem Gelände der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte (IBB) „Johannes Rau“ in Minsk eröffnet. Den feierlichen Rahmen bot die symbolische Grundsteinlegung zum Bau der Zukunftswerkstatt.

Eva-Maria Brück-Neufeld, Berlin

## Die Zukunftswerkstatt

Vor 25 Jahren war die Katastrophe von Tschernobyl zentraler Ausgangspunkt für die deutsch-belarussischen Beziehungen. Nach den aktuellen Ereignissen in Fukushima ist die Lehre daraus noch deutlicher geworden, auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu bauen. Das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk (IBB) in Dortmund und die Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte „Johannes Rau“ in Minsk setzen mit dem Bau der Zukunftswerkstatt diese Lehre in die Tat um.



Fotos: Evgennij Pomytkin

Mit der Realisierung wird das erste energieeffiziente Gebäude in Minsk gebaut. Es soll einerseits als Anschauungsobjekt dienen, wie energieeffiziente Materialien am Bau eingesetzt werden können, und andererseits als Bildungseinrichtung für Energieeffizienz und erneuerbare Energien fungieren. Die Geschichte von Tschernobyl, als Auslöser des Umdenkens und der Zusammenarbeit, wird innerhalb des Raumkonzeptes mit einem eigenen Ausstellungs- und Bildungsbereich bedacht.



Foto: Evgennij Pomytkin

### Die symbolische Grundsteinlegung

Die Grundsteinlegung war symbolischen Charakters, denn mit dem Bau der Zukunftswerkstatt kann erst begonnen werden, wenn genügend Gelder akquiriert wurden. Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer des IBB in Dortmund, verlas während der Eröffnungsveranstaltung einen Brief an Minister Dr. Norbert Röttgen vom Ministerium für Natur, Umwelt und Reaktorsicherheit. Darin bittet das IBB um einmalige Unterstützung seitens des Ministeriums, um dieses wichtige Vorreiter-Projekt in Minsk realisieren zu können. Die Teilnehmer der Konferenz „25 Jahre nach Tschernobyl“ wurden gebeten, das Vorhaben Zukunftswerkstatt mit ihrer Unterschrift unter den Brief an Norbert Röttgen zu unterstützen. „Dieser symbolische Grundstein bleibt solange hier liegen bis wir das Geld für den Bau der Zukunftswerkstatt zusammen haben“, so das Versprechen von Peter Junge-Wentrup, das von zustimmendem Applaus der Konferenzteilnehmer begleitet wurde.

### Die Enthüllung

Die Enthüllung des Grundsteins mit der Inschrift „25 Jahre nach Tschernobyl - Gemeinsam Zukunft gestalten - 17. April 2011“ wurde von Staatsminister a.D. Dr. Herbert Schnoor vorgenommen. Der mittlerweile 83-Jährige ist schon 1991 auf der Grundsteinlegung für den Bau des IBB „Johannes Rau“ in Minsk anwesend gewesen. Seine Rede hielt er aber im Gegensatz zu damals auf Russisch, das er im Alter von 77 Jahren zu lernen begann. Neben ihm waren noch zahlreiche prominente Redner aus Politik und Wissenschaft zugegen, unter anderem der Botschafter Dr. Christof Weil, Markus Mildenerberger vertrat Matthias Platzeck, Ministerpräsident des Landes Brandenburg sowie Leonid Šenez, Leiter des Departements für Energieeffizienz der Republik Belarus.

### Das Umfeld

Das Wohnviertel Malinowka liegt ganz in der Nähe der entstehenden Zukunftswerkstatt. Dorthin wurden 1990 rund 5.000 Familien aus dem kontaminierten Sperrgebiet Tschernobyls umgesiedelt. Einen besseren Platz, um Menschen den Willen zu demonstrieren, ein Umdenken im Umgang mit Energie in Gang zu setzen, gibt es wohl kaum. Das Umfeld ist aber in einem noch größeren Kontext zu sehen. Das Ziel ist es, die Zukunftswerkstatt komplett über erneuerbare Energien zu betreiben und auf Basis von energieeffizienten Baustoffen und Systemen zu errichten. Dabei soll das Verständnis der Nachhaltigkeit des Gebäudes ebenso darauf beruhen, dass nicht vorrangig „westliche“ Produkte zum Einsatz kommen. Vielmehr soll der Bau als Beispiel dienen, dass auch mit Materialien, die in Belarus erhältlich sind, ein solches Bauvorhaben nicht nur technisch, sondern auch finanziell umzusetzen ist. „Mit der Zukunftswerkstatt entsteht eine neue Brücke der Kooperation, mit der wir an den zentralen Zukunftsfragen arbeiten - der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien. Von dieser Brücke profitieren Belarus und Deutschland in gleicher Weise und sie ist wichtig für zukünftige Generationen“, so Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer des IBB in Dortmund.

# Liquidatoren verlesen Aufruf an die Nachkommen

*Im Rahmen der vom IBB Dortmund und der IBB Minsk organisierten internationalen Partnerschaftskonferenz „25 Jahre nach Tschernobyl“ hat eine Arbeitsgruppe von Liquidatoren des Super-GAU vom 26. April 1986 einen Aufruf an alle verfasst, denen das Schicksal ihrer Mitmenschen und die Frage nach der Verwendung von Atomkraft nicht gleichgültig ist.*

*Eva-Maria Brück-Neufeld, Berlin*



## Aufruf an unsere Nachkommen (Text der Erklärung)

Wir, die Liquidatoren der Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, die „vergessenen Retter von Europa“, die unter Einsatz unseres Lebens und unserer Gesundheit 1986 den Planeten Erde gerettet haben, wenden uns an Sie. Die Explosion im vierten Reaktor des AKW Tschernobyl hat unser Leben in zwei Abschnitte geteilt: die Zeit vor der Katastrophe und die Zeit danach. In den letzten 25 Jahren sind infolge der Katastrophe von Tschernobyl über 200.000 Liquidatoren verstorben; genauso viele sind zu Invaliden von Tschernobyl geworden. Die Erkrankungshäufigkeit von Liquidatoren, ihren Kindern und von Menschen, die in den radioaktiv verseuchten Gebieten leben, schreitet fort. Die Glocke von Tschernobyl erklang 1986, die von Fukushima 25 Jahre später. Atomenergie ist eine gefährliche Energiequelle für die Menschheit und die Umwelt. Wir, die Liquidatoren

aus Belarus, Russland, der Ukraine, Moldawien und Litauen bitten Sie inständig, alles Ihnen Mögliche zu tun, damit Menschen nicht länger leiden – nicht in Tschernobyl, nicht in Fukushima, nicht an irgendeinem anderen Ort auf der Erde und dass niemand nirgendwo mehr unsere Heldentat wiederholen muss.

*Fotos: Evgennij Pomytkin*

Minsk, zum 26. April 2011



# Virtuelle Ausstellung zu Tschernobyl

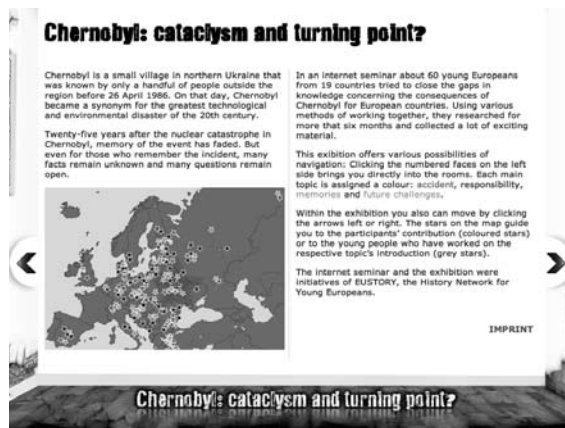


Jugendliche beim Seminar in Minsk.

Foto: Tina Gotthardt

(SB) Das Geschichtsnetzwerk EUSTORY verbindet 22 zivilgesellschaftliche Organisationen aus 22 europäischen Ländern, die Geschichtswettbewerbe für Schüler und Jugendliche durchführen. 2010 schickte EUSTORY 30 junge Europäer nach Belarus, wo sie erforschten, welche Konsequenzen die Tschernobyl-Katastrophe für die Menschen in einem der betroffenen Länder heute noch hat. Der Reise folgte ein Internetseminar, an dem 60 Jugendliche aus 19 europäischen Ländern teilnahmen und verschiedene Aspekte

des Reaktorunfalls erarbeiteten. Bei dem Seminar ist eine virtuelle Ausstellung zu Tschernobyl entstanden, die unter [www.chernobyl-25.eu](http://www.chernobyl-25.eu) besucht werden kann.



## 250 Vertreter von Tschernobyl-Initiativen zu Gast bei der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag begrüßte mehr als 250 Vertreter von Partnerschaftsinitiativen aus ganz Deutschland am Mittwoch, 13. April, im Reichstag zur Konferenz „Tschernobyl mahnt“. Dr. Frank-Walter Steinmeier begrüßte die Gäste und dankte ihnen für ihr engagiertes Handeln. Die Bundestagsabgeordneten Marco Bülow aus Dortmund, Oliver Kaczmarek aus dem Kreis Unna, René Röspel aus Hagen und Uta Zapf hatten ein offenes Ohr für die Erfahrungen der Hilfsinitiativen und ihre Erwartungen an die Politik.

Mechthild vom Büchel, Dortmund

Das IBB Dortmund war mit einer Delegation vertreten, der unter anderem Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer des IBB Dortmund, und Dr. Astrid Sahm, Direktorin der IBB „Johannes Rau“ Minsk, angehörten. Sie machten die Dimension des zivilgesellschaftlichen Engagements deutlich, das von mehr als 500 Initiativen allein in Deutschland seit Jahren geleistet wird. Dr. Ludwig Brüggemann vom Verein Heimstatt Tschernobyl verdeutlichte in seinen Worten die Weiterentwicklung der Hilfsleistungen. Dr. Angelika Claußen (IPPNW) erinnerte an die weiterhin bestehenden, weitrei-

chenden gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen aus den verstrahlten Regionen. Mit Professor Dr. Irina Gruschewaja war außerdem die Präsidentin der Internationalen Assoziation für humanitäre Zusammenarbeit Minsk vertreten, die auf belarussischer Seite Kontakte zwischen Ost und West vermittelt hatte und die Not der Menschen in den verstrahlten Gebieten Weißrusslands aus nächster Nähe kennt. Am Abend nahm ein Teil der Initiativen an einer Ausstellungseröffnung mit Fotos von Rüdiger Lubricht im Willy-Brandt-Haus teil.

# Erwartungen übertroffen

Die vom IBB erstellte Ausstellung „25 Jahre nach Tschernobyl – Menschen – Orte – Solidarität“ war inzwischen in 30 Städten in Deutschland, den Niederlanden und Österreich zu sehen. Grund genug, um eine kurze Zwischenbilanz zu ziehen. (SB)

Seit fast einem halben Jahr ist die interaktive Ausstellung „Menschen – Orte – Solidarität“ bereits auf Wanderschaft. Die Ausstellung, die jeweils von zwei Zeitzeugen aus der Ukraine oder aus Belarus begleitet wird, hat sich als großer Erfolg entpuppt, den in dieser Form niemand voraus gesehen hatte.

## Lokales Engagement

Der Erfolg der Ausstellung ist zu einem entscheidenden Teil den Trägerkreisen zu verdanken, die die Ausstellung und die Zeitzeugen in ihre Städte holten und das Projekt mit Leben füllten. Diese lokalen Gruppen, die sich je nach Ort beispielsweise aus Vertretern von Tschernobyl-Initiativen, Umwelt- oder kirchlichen Gruppen zusammensetzten, planten vorab über Monate hinweg, wie sie ihre Ausstellungswoche vor Ort gestalten möchten, wie sie möglichst viele Schüler und Jugendliche ansprechen und zu einer Auseinandersetzung mit dem Thema anregen oder wie sie die lokale Presse von der Wichtigkeit des Themas überzeugen. Den Höhepunkt dieses Engagements bildete dann jeweils die Ausstellungswoche selbst, die für die meisten Trägerkreise wohl mit inspirierenden Gesprächen und interessanten Rahmenveranstaltungen, aber auch ebenso mit kaum Schlaf oder neuen aufwühlenden Erkenntnissen zu Tschernobyl einher ging. Vielen Initiativen ermöglichte das Ausstellungsprojekt, die eigene Tätigkeit vor Ort besser zu verankern, neue Menschen anzusprechen oder sich mit interessanten Partnern vor Ort zu vernetzen. Gleichzeitig gab es für die Mitglieder der über 30 Trägerkreise auch immer wieder Gelegenheit, einander und die Arbeit der jeweils anderen Initiativen kennenzulernen.

## 20 Prozent Ausstellung, 80 Prozent Josef!

Der zweite wesentliche Faktor, der zum Erfolg der Ausstellung beitrug, waren die Zeitzeugen. Die Ausstellungswände an sich boten zwar eine gute Möglichkeit, sich auf spannende und leicht verständliche Weise mit Tschernobyl auseinander zu setzen, doch die Gespräche mit den Zeitzeugen hinterliessen bei den meisten Besuchern einen viel tieferen Eindruck. Wer bei einem der zahlreichen Gespräche zugegen war, weiß wie sehr die Worte eines Hubschrauberpiloten, der im Mai 1986 über dem zerstörten Reaktor schwebte oder einer Umsiedlerin, die gezwungen war, radioaktiv kontaminierte Häuser abzuwaschen, schockieren. Eine Schülerin aus Rheine brachte diese Erfahrung Gespräch mit Oberstleutnant Josef Belapko ganz simpel auf den Punkt: „20 Prozent Ausstellung, 80 Prozent Josef.“

## Wie geht's weiter?

Der Erfolg des Ausstellungsprojekts sowie das hohe öffentliche Interesse an Tschernobyl nach Fukushima rechtfertigen eine Fortsetzung des Projekts. Bis zum August wird die Ausstellung noch in Kassel, Gießen, Weimar, Rotenburg und Rottweil zu sehen sein. Nach einer kurzen Pause wird das Projekt um weitere zwei Monate verlängert. Anfang November ist für die Trägerkreise der Ausstellung ein Auswertungsworkshop geplant, bei dem wir auf die gemeinsame Arbeit zurück schauen möchten und der gleichzeitig als eine Gelegenheit zum Austausch und Beisammensein gedacht ist. Und wer weiß, welche Ideen für die Zukunft entstehen, wenn Menschen aus fast 50 Städten, die die gleiche intensive Erfahrung teilen, zusammenkommen und sich austauschen.

*v.l.n.r.*

*Kinder besuchen die Ausstellung in Rostock.*

*Foto: Ursula Timm  
Zeitzeugen helfen beim Einpacken der Ausstellung.*

*Foto: Hagen Weinberg  
Wolfgang Wiemers mit der Zeitzeugin Halina Kalashnikawa in Münster.*

*Foto: Wolfgang Wiemers*



# NEUE BÜCHER ZUM SUPER-GAU VON TSCHERNOBYL

*Nur 20 Kilometer von Tschernobyl entfernt befindet sich das Dorf Ilinitsy. 20 Kilometer von dem Reaktor im Norden der Ukraine entfernt, der am 26. April 1986 explodierte, damit einen Super-GAU auslöste und Europa in Angst und Schrecken versetzte. Dennoch ist in Ilinitsy „der Boden beinahe so sauber wie vor der Havarie“, schreibt Merle Hilbk in ihrem Buch „Tschernobyl Baby. Wie wir lernten das Atom zu lieben“.*

*Ingo Petz, Berlin*

Die Berliner Journalistin ist mehrfach in die radioaktiv verseuchten Gebiete in Weißrussland und in der Ukraine gereist, in die 10-Kilometer-Sperrzone um den zerstörten Reaktor 4, der mit seinem Stahlsarkophag wie ein düsteres Monument in den Himmel ragt. So gelangt Hilbk auch nach Ilinitsy, das damals – wie durch ein Wunder – von der radioaktiven Wolke verschont wurde. Ilinitsys Einwohner wurden nach der Katastrophe umgesiedelt, kehrten dann aber allmählich zurück und leben nun auf einem unbehelligten Flecken inmitten der unheimlichen Stille, die der GAU von Tschernobyl hinterlassen hat.

## **Von einer Katastrophe zur nächsten**

Beim Rundgang durch das Dorf trifft Hilbk einen alten Ukrainer, der einen Satz sagt, der prägend für Hilbks aufwühlende Reportage ist. „Aber was soll man machen? Man kann sich nicht aussuchen, wo einen das Leben hinstellt“, sagt dieser Alte, der schon von den Nazis als Zwangsarbeiter verschleppt wurde, der die totalitäre Sowjetunion erlebte, die Katastrophe von Tschernobyl und die wilden postsowjetischen Jahre. Ein Mann, dem das Schicksal ordentlich eingeschenkt hat. Der Alte hat notgedrungen gelernt, das Leben, das ihm das Schicksal beschert hat, zu akzeptieren. „Man muss ja weiterleben“, sagt ein anderer.

Auf der anderen Seite: Merle Hilbk, eine weltoffene Journalistin aus einem wohlhabenden Land. Sie ist Anfang vierzig und gehört, wie sie schreibt, zu „jenem Zwischenjahrgang“, der „mental zwischen 1968 und dem ‚man gönnt sich ja sonst nichts‘-Konsumismus der Achtzigerjahre eingeklemmt schien“.

Für Hilbk bedeutete Tschernobyl ein Einschnitt in ihrem Leben. Tschernobyl machte sie zu einer politischen Bürgerin, die lernte, sich in einer Demo-

kratie für ihre Ansichten und Rechte einzusetzen – und eben nicht das zu akzeptieren, was ihr das Leben vorsetzt. Der Aufeinanderprall dieser beiden Welten zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. So pendelt Hilbk in ihrem Buch zwischen den verseuchten Gebieten Osteuropas, der Anti-Atom-Kraftbewegung Deutschlands und den deutschen Tschernobyl-Initiativen hin und her, die seit Jahrzehnten humanitäre Hilfe leisten. Sie trifft Wissenschaftler, Politiker, Aktivisten, kranke Menschen, solche, die ihre Dörfer verlassen mussten, und solche, die immer noch dort leben, wo die unsichtbare Gefahr der Strahlung präsent ist.

## **Aufrüttelnde Reportagen**

Und sie trifft Mascha, eine lebenslustige junge Frau, die im Jahr der Katastrophe geboren wurde, ein „Tschernobyl-Baby“. Mascha wundert sich sehr über die Recherchen und Reisen Hilbks und an deren Interesse an Tschernobyl. Hilbk wundert sich über die Verdrängungsleistung der Betroffenen und über Mascha, deren Leben inmitten des Unheils sie erst gegen Ende des Buches zu begreifen scheint. „Und Mascha ... Sie ist so jung! Ich denke, sie will einfach leben, in der Gegenwart. Und in der ist Tschernobyl momentan nicht mehr als ein leises Hintergrundrauschen.“

Die deutsche Journalistin versucht zu verstehen, wie die Menschen in den betroffenen Gebieten ihren Alltag meistern, wie man die Sperrzone überhaupt zur Tourismusattraktion erklären kann und wie der weißrussische Diktator Alexander Lukašenko Wiederbesiedlungsprogramme für verstrahlte Gebiete forcieren konnte. Es ist ein gut recherchiertes, empathisches, sehr einsichtiges und aufrüttelndes Buch geworden, das zwar nicht immer durch sprachliche Kunstfertigkeit glänzt, das aber zurzeit, angesichts von Fukushima und des

25. Jahrestages von Tschernobyl, einen wichtigen Beitrag des Erinnerens leistet.

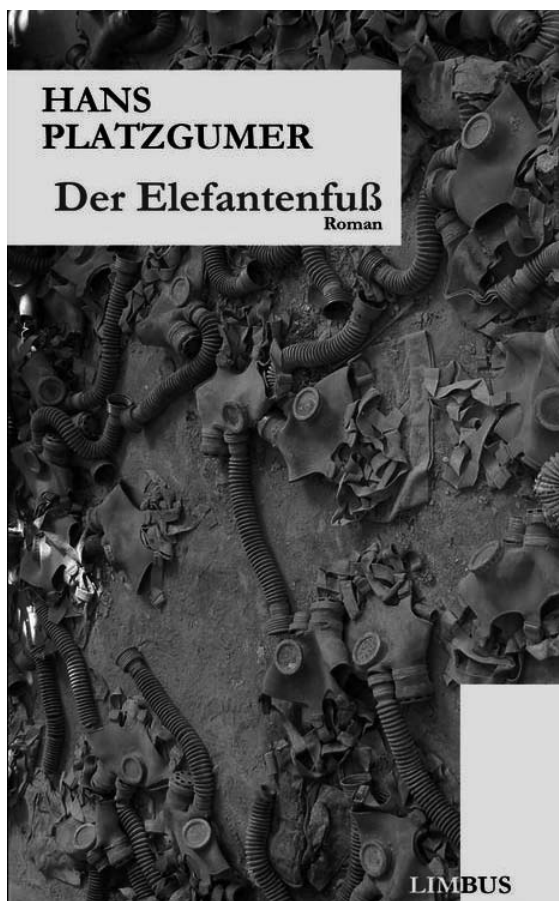
### Apokalyptische Stimmung

Ganz anders hat sich der Österreicher Hans Platzgumer mit Tschernobyl auseinander gesetzt. Platzgumer ist ein vielseitiger Musiker, Komponist und Produzent, für ein Album seiner Gitarrenband HP Zinker war er mal für einen Grammy nominiert. „Der Elefantenfuß“ ist, nach „Expedition“ (2005) und „Weiß“ (2008), sein dritter Roman. Im Gegensatz zu Hilbk erzählt Platzgumer eine rein fiktive Geschichte, die in der Todeszone rund um den Reaktor und die Geisterstadt Prypjat angesiedelt ist, eine Geschichte, die in ihrer apokalyptisch-philosophischen Stimmung an Andrej Tarkovskijs Film „Stalker“ erinnert. „Alles ist leer und tot hier“, heißt es an einer Stelle.

Platzgumer schickt Sinnsuchende, Verlorene und Abenteurer, Aus-der-Welt-Gefallene in die unheil-

volle Zone, die zu einer Projektionsfläche für die Sehnsüchte der exzentrischen und absonderlichen Protagonisten wird. Da ist zum Beispiel Alexander, der durch den GAU 1986 verstrahlt wurde und der nun durch die Zone joggt. „Ich spie [das Gift] aus, bis ich völlig erschöpft einschlief, völlig leer wurde, wie gelähmt. [...] Ich wusste nicht, was es war. Irgendetwas Starkes. Großes. Mächtiges. Es war Teil von mir geworden an diesem Samstagvormittag. Ich war Teil von ihm geworden. An diesem Tag wurde ich aufgenommen in eine andere Welt. Die stille, weite Welt, durch die ich jetzt laufe.“

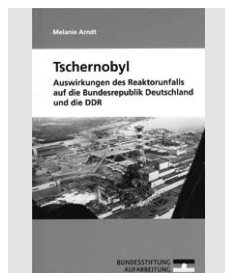
Die verschiedenen Geschichten seiner Helden verwebt Platzgumer zu einer düsteren Landschaft menschlicher Träume und Abgründe – wobei er dabei manchmal auch zu tief in die esoterisch-pathetische Kitschkiste greift. Dass das Buch am Ende eine tiefe Hoffnungslosigkeit beim Leser hinterlässt, ist dann auch wenig überraschend.



*Merle Hilbk: Tschernobyl Baby. Wie wir lernten, das Atom zu lieben (Eichborn 2011, 280 Seiten, 17.95 €)*

*Hans Platzgumer: Der Elefantenfuß (Limbus 2011, 239 S., 19.80 €)*

# Neuer Überblick zu Tschernobyl



*Melanie Arndt:  
Tschernobyl.  
Auswirkungen des  
Reaktorunfalls auf  
die Bundesrepub-  
lik und die DDR  
(2011, 152 Seiten).*

*Für fünf Euro  
inklusive Versand-  
kosten zu bestellen  
bei der Landeszen-  
trale für politische  
Bildung Thüringen:  
[www.thueringen.de/de/lzt/](http://www.thueringen.de/de/lzt/)*

(SB) Die Zahl der deutschsprachigen Publikationen zu Tschernobyl ist recht überschaubar – vor allem, wenn man sich einen ersten, neutralen Überblick über den Reaktorunfall und seine Folgen verschaffen möchte. Diese Lücke schließt nun teilweise Dr. Melanie Arndt mit ihrer Publikation „Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik und die DDR“. Zwar beschreibt Arndt in erster Linie, wie dem Titel der Publikation zu entnehmen ist, welche politischen Konsequenzen die Katastrophe von Tschernobyl für die zwei deutschen Staaten hatte. Doch gleichzeitig bereitet sie mehrere Aspekte der atomaren Katastrophe auf verständliche und übersichtliche Weise auf, darunter der Unfallhergang oder die gesundheitlichen Folgen. Sie erläutert Einheiten wie Becquerel oder Sievert und fasst die gängigen Vermutungen über den Zusammenhang zwischen einer bestimmten Strahlenexposition und den zu erwartenden gesundheitlichen Folgen zusammen. Arndt beschreibt darüber hinaus das Engagement deutscher Tschernobyl-Initiativen, wobei sie nicht davor zurückscheut, auch kritische Punkte anzusprechen. Eine Stärke der Publika-

tion ist sicherlich, dass Arndt den Reaktorunfall in mehrerer Hinsicht in einen größeren Kontext stellt, indem sie einerseits einen Exkurs zur Nutzung der Atomenergie seit ihrer Entdeckung bietet und andererseits die Katastrophe innerhalb der innerdeutschen Debatten zur Atomenergie verortet. In der Stärke des Buches, verschiedene Facetten der Tschernobyl-Katastrophe anzusprechen, zeigt sich aber auch die (nachvollziehbare) Schwäche, dass in einigen Fällen durchaus eine längere Ausführung zum Verständnis beigetragen hätte, beispielsweise bei der sowjetischen Informationspolitik. Wer sich seit vielen Jahren mit Tschernobyl befasst, dem wird diese Publikation zwar wenig neues offenbaren, aber der wird Arndt nichtsdestotrotz dankbar sein für einen leicht verständlichen, knappen und neutralen Überblick.

## Tiefgreifende Verunsicherung



*Hermine Oberück:  
Leben nach Tschernobyl – Fotografien  
1986-2010 (Eigen-  
druck, November  
2010, 160 Seiten, 62  
Fotografien). [www.fotografie-oberueck.de](http://www.fotografie-oberueck.de)*

(SB) Die Fotojournalistin Hermine Oberück hat Ende 2010 den Fotoband „Leben nach Tschernobyl – Fotografien 1986-2010“ veröffentlicht. Oberück, der es bei ihrer Fotografie wie sie selbst formuliert um „Nähe und Tiefenschärfe“ geht, verunsichert bereits mit dem Coverfoto ihrer Publikation. Der eigentliche Leser wird die schwarz-weiße Gestalt mit Gasmaske vor einem in Rauch eingehülltem Gebäude sogleich irgendwo in der Nähe des AKWs in Tschernobyl verorten und vermuten, dass es sich um einen Feuerwehrmann handelt, der gegen einen Brand auf dem Gelände des zerstörten Kraftwerks kämpft. Doch die ersten Fotografien im Inneren des Bandes legen offen, dass es sich hierbei in Wirklichkeit um ein Foto von einer Anti-AKW-Demonstration in Brokdorf handelt, die wenige Wochen nach dem Reaktorunfall in der Sowjetunion stattfindet und bei der die Polizei Reizgas einsetzt, um die De-

monstranten vom Reaktor fernzuhalten. Hermine Oberück will, dass der Betrachter genau hinsieht, denn: „In der Ähnlichkeit der Bilder spiegelt sich eine Vielzahl systemübergreifender Prozesse“. In dieser Perspektive auf die Tschernobyl-Katastrophe liegt die große Stärke dieses Fotobandes. Oberück geht es nicht darum, Radioaktivität, das Elend der Menschen in den heute noch kontaminierten Gebieten oder die von ihrem Einsatz gezeichneten Liquidatoren zu ästhetisieren und damit zur Mythenbildung rund um die Katastrophe beizutragen. Mit Hilfe der Fotografie will sie zeigen, was uns oftmals durch Worte nicht gelingt: Tschernobyl ist überall. Deshalb dokumentieren ihre Bilder in erster Linie verschiedene Schauplätze ein und der selben Katastrophe und bringen so die allgegenwärtige Bedrohung, Unsicherheit, und tiefgreifende Verunsicherung des Lebens nach Tschernobyl zum Ausdruck.

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

*Peter Junge-Wentrup, IBB Dortmund*

### REDAKTION

*Sabrina Bobowski, Berlin*

*Martin Schön, IBB Dortmund*

*Henner Kropp, Frankfurt (Oder)*

*Dr. Edith Spielhagen, Berlin*

*Dorothea Wolf, Minsk*

### ART DIRECTOR/LAYOUT

*Grit Tobis ([www.grittobis.com](http://www.grittobis.com))*

### ANSCHRIFT DER REDAKTION

*Internationales Bildungs- und*

*Begegnungswerk gGmbH*

*Bornstr. 66*

*44145 Dortmund*

*Tel. 0231 9520960*

*E-Mail: [info@ibb-d.de](mailto:info@ibb-d.de)*

*Website: [www.ibb-d.de](http://www.ibb-d.de)*

### ÜBERSETZUNGEN

*Galina Widrich*

*Henner Kropp*

### DRUCK

*druckwerk gmbh, Dortmund*

### VERTRIEB

*Einzelverkauf: 4 Euro,*

*Jahresabonnement inkl. Versand: 15 Euro.*

### LESERBRIEFE:

*[belarusperspektiven@ibb-d.de](mailto:belarusperspektiven@ibb-d.de)*

*Gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht  
unbedingt der Meinung der Redaktion.*

